

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M.
(davon 95 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Belegzug 4,32 M. einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbestel-
gebühren. Auslandabonnement 6.— M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckgebühren 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage
„Welt und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Freitag
11. September 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Komparatabelle 50 Pf.
Kleinanzeigen 3.— M. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.
Geldstück zwei festgedruckte Worte, jedes
weitere Wort 12 Pf. Rabatt 11. Tarif.
Stellenangebote das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf., Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäftsbüro, Lindenstraße 3, wochent-
täglich von 8 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Wahlprüfung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Döndhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, D. B. u. Disz.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Schulabbau / Kulturabbau

Ausbildung der Arbeiterjugend in Gefahr.

Von Kurt Löwenstein.

Nichts liegt mehr im Interesse der Arbeiterklasse und ent-
spricht durchaus sozialistischen Grundsätzen als rationelle und
sparsame öffentliche Wirtschaft. Wenn die wirtschaftliche Krise,
die Haushalt- und Kassenschwierigkeiten dazu zwingen,
überflüssigen Luxus zu beseitigen, so brauchen wir deswegen ganz bestimmt nicht zu protestieren.

Es gibt auch in der Entwicklung unseres Schulwesens
eine Luxusentwicklung. Wir haben in den letzten Jahren im
höheren Schulwesen eine Inflation erlebt, die durch nichts be-
rechtigt ist. Mehr als 50 Proz. derjenigen, die teilweise oder
gar von Anfang bis zu Ende durch die höhere Schule hin-
durchgehen, haben sachlich einen derartig umständlichen Weg
der Vor- und Ausbildung nicht nötig. Das Angebot an
akademischen Kräften ist trotz der Ausdehnung der akademi-
schen Vorbildung für eine Reihe von Berufen katastrophal
übergedeckt. Es ist daher eine durchaus vernünftige Politik, den
Zuleitungsstrom zu den höheren Schulen energisch einzu-
dämmen.

Doch trotz dieser Ueberfüllung der akademischen Berufe
ist der Anteil der Arbeiterschaft an dem Aufstieg in
den höheren Schulen außerordentlich gering. Wir
Sozialdemokraten haben daher programmatisch stets, aber
auch im letzten Jahrzehnt praktisch und tatsächlich uns vieler-
orts mit Erfolg bemüht, dafür zu sorgen, daß der Prozentsatz
der unbemittelten Kinder, die durch die höheren Schulen hin-
durchgehen können, sich stark erhöht. Wir haben mit Recht
geltend gemacht, daß die Arbeiterkinder, deren politischer Ein-
fluß so außerordentlich bedeutsam geworden ist, deren politi-
sches Denken wesentlich die gemeindliche und staatliche Ent-
wicklung geformt hat, es sich nicht mehr länger gefallen lassen
können, daß die höhere Schule und damit der akademische
Nachwuchs fast ausschließlich ein Vorrecht des be-
mittelten Bürgertums sei.

Ein besonderes Mittel, das zu verhindern, waren die
Schulgeldstaffelung nach dem Einkommen und die
Errichtung von Aufbauschulen. Diese beiden Dinge sind
im wesentlichen das Verdienst der Sozialdemokratie, und wir
waren alle auf den Erfolg dieser Maßnahmen stolz. Sie
führten dazu, daß in Berlin und besonders in den Arbeiter-
bezirken ein höherer Prozentsatz von Kindern
aus den Arbeiterschichten in die höheren Schulen
gekommen ist. Diese Kinder haben gute Abschlus-
prüfungen gemacht und zum Teil bereits heute ihre
akademischen Prüfungen mit gutem Erfolge absolviert. Aller-
dings kommen wir in Berlin gerade in den Arbeiterbezirken
auf Schulgeldermäßigungen von über 60 Proz. Da Berlin
außerdem noch nicht geringem Maße Wirtschaftshilfen gab,
so konnten wir auch die schweren wirtschaftlichen Nöte, unter
denen sich ein hoher Prozentsatz unserer Arbeiterkinder in den
höheren Schulen durchringen muß, mildern.

Die Entscheidung, die der Magistrat Berlin nach den
Mittelungen der Presse jetzt getroffen hat, macht unter
diese Entwicklung einen ganz brutalen
Strich. Wenn die Stadt Berlin die Schulgeldstaffelung und
die Erziehungsbeihilfen abschafft und an ihre Stelle etwa
20 Proz. der Bruttoeinnahmen aus dem Schulgeldsoll setzt,
um aus dieser Summe Schulgeldermäßigungen, Erziehungsbe-
ihilfen und Lernmittelunterstützung zu bestreiten, dann hat das
für das Berliner höhere Schulwesen mit Sicherheit folgenden
Erfolg: in allen Arbeiterbezirken und auch zu einem hohen
Grade in den Bezirken mit starker bürgerlicher Bevölkerung
werden wenigstens 50 Proz. aller Schulkinder
die höhere Schule verlassen müssen. Bei den Auf-
bauschulen, wenn für sie nicht eine Sonderregelung ge-
troffen wird, sogar 80 Proz.! Die höheren Schulen werden
zu 75 Proz. wiederum die Domäne begüterter
Eltern sein.

Ein jeder wird das leicht ausrechnen können, denn das
Schulgeld beträgt 240 Mark im Jahre, und diese Belastung
kann eben nur ein kleiner Teil der Bevölkerung tragen. Will
man die Erziehungsbeihilfen im geringen Maße nur erhalten
für besonders hochbegabte Kinder und ebenso die Lernmittel-

Finanzkapital unter Staatskontrolle

Gegen die Diktatur der Banken und Kartelle. — Kampfprogramm gegen die bankrotte kapitalistische Führung.

Gestern fand im Saalbau Friedrichshain die Funktionär-
konferenz der Berliner Sozialdemokratie statt, die
außerordentlich stark besucht war. Genosse Hilferding sprach
über die wirtschaftspolitische Lage. Hilferding führte aus:

Die gegenwärtige Krise ist nicht nur in ökonomischer, sondern
auch psychologischer und ideologischer Beziehung die schwerste Krise,
die der Kapitalismus je durchzumachen gehabt hat. Obwohl uns be-
reits dreizehn Jahre vom Ende des Weltkrieges trennen, hängt die
außerordentliche Härte dieser Krise doch ursächlich mit der Liquida-
tion des Weltkrieges zusammen. In der gegenwärtigen Krise erleben
wir es zum ersten Male,

**daß auch das Finanzkapital von ihr voll erfaßt wird, jene mo-
nopolistische Organisation, die sich zum Herrscher der gesamten
Wirtschaft aufgeworfen hat.**

Diese Bank- und Kreditorganisation ist das Feinste aber auch Emp-
findlichste im Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft. Die Apparatur
des internationalen Kreditwesens ist deswegen so besonders emp-
findlich geworden, weil als Folge des Krieges ein Kapitalstrom von
riesigen Ausmaßen von Europa nach Amerika geflossen ist. Es hat
eine völlige Ummwälzung herbeigeführt, daß frühere Schuldnerländer
zu Gläubigern und umgekehrt geworden sind.

Wir müssen bei der gegenwärtigen Weltkrise zwei beson-
ders ausgeprägte Krisenherde unterscheiden. Der eine
ist Zentraleuropa; der andere Südamerika, wo Chile
bereits Zahlungen eingestellt, also den Staatsbankrott erklärt hat,

Brasilien seine Schuldzinsen nicht mehr zahlen kann, und Argenti-
nien dicht vor der gleichen Tatsache steht.

Die deutsche Krise hat ihre wirtschaftliche und politische
Seite.

**Es ist bekannt, daß die ersten großen Kapitalabflüsse aus
Deutschland nach den Septemberwahlen eintraten.**

Die Beruhigungspause, die in den ersten fünf Monaten dieses Jah-
res eingetreten war, hatte ihre Ursache ganz zweifellos darin, daß
die starke Abwehrpolitik der Sozialdemokratischen Partei gegen den
Faschismus und damit auch die Stützung der Brüning-Regierung
das Vertrauen im Auslande wiedererweckt hatte. Da fehlte nach
dem Krienszusammenbruch im österreichischen Bankwesen eine An-
zahl Zusammenbrüche in Deutschland ein, die allerhöchste Miß-
trauen gegen den deutschen Kapitalismus und gegen die Sicherheit
der in Deutschland angelegten Kapitalien im Auslande hervorriefen.

Das Wirtschaftsverbrechen Cahuzacs brachte nach der Serie der
vorangegangenen privatkapitalistischen Skandale das Jahr zum
Ueberlaufen. Nichts kennzeichnet die Kreditpolitik unserer Groß-
banken krasser als die Tatsache, daß die Danabank zwei Drittel
ihres Aktienkapitals in dem Nordwolle-Konzern investiert hatte.

Diese Dinge mußten das deutsche Unternehmertum im Auslande
ungemein kompromittieren. Wir haben dann jene dramatischen
Wochen im Juli erlebt, in denen die Regierung zwei Großbanken
unter die Arme greifen mußte, um das Kergite zu verhindern.

Was war der Sinn dieser staatlichen Banken-

unterstützung, so bleiben für Schulgeldermäßigung 10 bis
15 Proz. übrig. Mit einem Mehreinkommen von Schulgeld
wird der Kämmerer von Berlin nur in ganz geringem Um-
fange rechnen können. Rechnerisch bedeutet selbstverständlich
diese Maßnahme ein Mehr von rund 2 Millionen Mark.

Aber wir haben heute in unseren höheren Schulen Kinder
von Erwerbslosen, ferner eine große Anzahl von Kindern,
deren Eltern ein Einkommen von jährlich bis zu 3000 Mark
haben. Sie alle können die Last eines solchen Schulgeldes
ganz sicher nicht tragen. Sie werden daher ihre Kinder aus
der Schule nehmen, aber Schulgeldmehreinnahmen werden
dabei nicht herauskommen.

Es ist aber sozial völlig unerträglich, daß die ungeheuren
Lasten, die das höhere Schulwesen für die Deffentlichkeit be-
deuten, von allen nur zugunsten einer begüterten Minderheit
getragen werden müssen. Auch unter Einrechnung des Schul-
geldes erfordert jeder höhere Schüler einen Bedarf aus städti-
schen Mitteln, der zwischen 600 und 650 Mark liegt. Die
Duldung eines solchen Zustandes wäre nur verständlich, wenn
der Herr Hartnack, der Stadtschulrat von Dresden, recht
darin hätte, daß die Intelligenz ein natürliches Erb-
vorrecht der begüterten Schichten wäre. Das ist sie
ganz bestimmt nicht. Wir haben in Tausenden von Fällen
die Erfahrung gemacht, wieviel wichtige Intelligenz durch die
soziale Not verschüttet worden ist. Seit Jahren beobachten wir
mit Stolz den Erfolg unserer jungen Arbeiter und Arbeiterin-
nen bei den Abschlußprüfungen unserer höheren Schulen.
Darum ist der Weg, den der Magistrat Berlin mit der Auf-
hebung der Staffelung des Schulgeldes gehen will, ungerecht
und untragbar. Er wird ein solch hohes Maß von Empörung
auslösen, daß er sicher nicht aufrechterhalten werden kann.

Wir halten es nicht für unberechtigt, im Gegenteil, wir
fordern es, daß das gesamte höhere Schulwesen Berlins
seinem Umfange nach wesentlich eingeschränkt wird.
Man soll zu Ostern des nächsten Jahres die Aufnahmeklassen
auf ein Mindestmaß zwangsweise beschränken. Man soll die
Leistungsanforderungen in den höheren Schulen so hoch wie
nur möglich schrauben und man soll alle, ob bemittelt oder
unbemittelt, aus der höheren Schule entfernen, die den An-
forderungen dieser Schule nicht gewachsen sind. Dadurch wer-
den wir in den nächsten Jahren erhebliche Ersparnisse machen,
und wir werden eine Ballastbelastung los, die selbst in besseren
Zeiten nicht gerechtfertigt ist. Wir fordern, daß die 9jährige

höhere Schule in eine 8jährige umgewandelt wird oder noch
besser, daß das System der Aufbauschulen, das sich
durchaus bewährt hat, mit aller Energie gefördert wird. Es
wäre durchaus erträglich, daß auf der Unterstufe der höheren
Schule keine Schulgeldermäßigung gewährt wird. Wenn da-
durch eine Reihe von Eltern gehindert werden, ihre Kinder
in die höhere Schule zu schicken, so würde kein Nachteil ent-
stehen, wenn ihnen der Weg durch die Aufbauschule mit dem
13. Jahr noch geöffnet wird. Im Gegenteil, in diesem Alter
ist die Auslesemöglichkeit sehr viel sicherer,
und es würde der Nebenerfolg erzielt, daß die oberen Klassen
der Volksschule nicht so entvölkert werden, wie wir es in den
letzten Jahren mit Entsetzen erleben mußten.

Einschränkung des Umfangs des höheren Schulwesens,
das ist eine absolut berechnete Forderung, aber unter Inne-
haltung der sozialen Sicherungsmaßnahmen. Ueber die Ab-
schaffung der Schulgeldstaffelung wird auch noch die Stadt-
verordnetenversammlung zu entscheiden haben. Die Stadtver-
ordnetenversammlung wird ganz sicher nicht den Zustand be-
lassen können, wie er vor dem Beschluß des Magistrats be-
standen hat. Diese Ueberbelastung kann nicht getragen werden.
Es wird aber Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung sein,
dafür zu sorgen, daß das höhere Schulwesen durch organi-
sche Vereinheitlichung verbilligt wird. Gewiß
Leistungsfähigkeit, aber auch soziale Gerechtigkeit!

Die guten Anfänge, die Berlin gemacht hat, müssen er-
halten bleiben. Grundstock unseres Bildungswesens muß die
gemeinsame Grundschule bis zum 13. Jahr sein. Von diesem
Grundstock aus führen die Aufbauklassen bis zur mittleren
Reife und die Aufbauschule bis zur Universitätsreife. Schul-
geldstaffelung und Erziehungsbeihilfen aber müssen erhalten
bleiben. Können wir das höhere Schulwesen nicht in dem
bisherigen Umfange erhalten, so mögen wir es getrost ein-
schränken und mögen für eine Uebergangszeit auch die Schul-
geldstaffelung streifen machen. Nur eins dürfen wir nicht
tun: die höhere Schule wiederum zum Privileg für die
begüterten Schichten machen. Wirtschaftskrisen und der
Kurs der Regierung Brüning drücken schon genügend auf den
Rücken der unbemittelten Schichten. Die Stadt Berlin hat
unter sozialdemokratischer Leitung viel getan, um den sozialen
und Bildungsaufstieg begabter Arbeiter-
kinder zu fördern. Die Stadtverordnetenversammlung muß
dafür sorgen, daß nicht mit einem Federstrich das beseitigt
wird, woran wir alle mit besonderer Liebe gearbeitet haben.

Abrechnung mit der KPD. Montag, 14. September, 20 Uhr, im Sportpalast, Potsdamer Str. 72

früher? Sie bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Erkenntnis, daß in dem heutigen Stadium des Kapitalismus bei der heutigen Herrschaft des Finanzkapitals über die Volkswirtschaft es unmöglich ist, einen Teil der Kreditorganisation der Großbanken zusammenbrechen zu lassen, ohne ein wirtschaftliches Chaos heraufzubeschwören. Die Bankentstärkung war niemals eine Frage der Aktionäre und Einlagenbesitzer. An den fünf großen Berliner Banken hängt das gesamte Kreditwesen der deutschen Wirtschaft, hängen die Betriebsmittel für Löhne und Gehälter, hängen die Möglichkeiten für die Fortführung der Produktion. Das bedeutet: Die Banken sind heute gar nicht mehr Teile der privaten Wirtschaft! (Hört, hört!) Das Aktienkapital spielt bei den Banken eine ganz untergeordnete Rolle.

Die Großbanken verdanken ihre Monopolherrschaft über die Wirtschaft nur der Tatsache, daß sich das gesamte Kapital der Volkswirtschaft, das Kapital aller derer, die etwas zurückgelegt haben, bei ihnen anhäuft.

Dies gilt ebenso gut für die Ersparnisse der Kleinen wie für die Betriebsmittelreserven der Riesenkonzerne. Es hat sich herausgestellt, daß die Macht einiger Geldfürsten über das Kapital der gesamten Nation zur Unmöglichkeit geworden ist.

Die Bankfürsten, die seit Jahr und Tag nicht genug gegen die öffentliche Wirtschaft und den Staat Sturm laufen konnten, haben sich jetzt gezwungen gesehen, bei dem Staat um Hilfe zu betteln.

Die staatliche Stützung der Banken war also unvermeidlich.

Die Sozialdemokratie fordert aber nachdrücklich, daß der Staat die einmal übernommene Verfügungsgewalt nicht wieder aus der Hand gibt, und daß er nicht mit öffentlichen Mitteln, also mit den Geldern des Volkes den Banken nur geholfen hat, um sie wieder in ihre privatwirtschaftliche Selbstherrlichkeit zu entlassen.

Bei der Danabank und der Dresdener Bank muß die Führung dem Staate vorbehalten bleiben. Die Bankpolitik ist jetzt zu einem so dringenden und wichtigen Problem geworden, daß sie die gleiche Bedeutung hat wie alle übrigen innenpolitischen Regierungsprobleme.

Die Großbanken, deren Kredite massenhaft eingeflossen sind, haben das natürliche Bestreben, sich durch gemaltes Zurückziehen ihrer Kredite wieder flüssig zu machen. Wer würde in diesem Fall der Hauptleidtragende sein? Bei vielen Großkonzernen wird das gewalttätige Einziehen der Kredite so gut wie unmöglich sein, da diese dort am stärksten eingeflossen sind. Es besteht also die größte Gefahr, daß die Banken sich an die noch rentablen Unternehmen, die exportfähigen und zahlungsfähigen Betriebe halten. Diese werden aber heute von der Masse der mittleren und kleinen Unternehmen gebildet, die infolge einer derartigen rigorosen Bankpolitik ihre Tore schließen müßten, und die Arbeitslosigkeit ungeheuer vermehren würden.

Dieser Gefahr muß vorgebeugt werden. Will die Regierung positive Bankpolitik machen, so muß sie hierzu ein Bankennamts schaffen. Dieses Bankennamt dürfte aber nicht etwa nur die Aufgabe haben, aufzupassen, daß keine Betrügereien passieren, sondern müßte eine Zentrale darstellen, die das Recht zur rückhaltlosen Information, zur schärfsten Betriebskontrolle und zu notwendigen Eingriffen besitzt. Die Kontrolle des Bankennamts muß hauptsächlich in der Richtung gehen, bei der Kreditverteilung Fehlleitungen, die zu Spekulationen und Ueberinvestitionen führen, zu unterbinden. Die wichtigste Voraussetzung für eine volkswirtschaftliche Wirksamkeit dieses Bankennamts ist, daß das Amt unabhängig bleibt von den Privatbanken und von der Reichsbank.

Wir brauchen ein so hartes Bankennamt, daß es auch bei der Reichsbank eine volkswirtschaftlich notwendige Kreditpolitik durchzusetzen vermag. Es ist klar, daß das richtige Funktionieren dieses Bankennamts eine politische Machtfrage ist. Seine Wirksamkeit ist genau so politisch bedingt, wie der Arbeitslohn eine Frage der politischen Macht ist.

Wir haben schon genügend gesellschaftliche Ueberwachungsinstanzen in Deutschland. Es ist aber kein Wunder, daß diese Instanzen, z. B. die Schlichtungskammern, nicht so arbeiten, wie es die Sozialdemokratie wünscht, wenn die Arbeiterklasse gespalten ist und uns ein Parlament in der Zukunft vom September 1930 beschert wird. (Stürmisches sehr richtig!)

Eine notwendige Ergänzung zu der Bankenaufsicht stellt die Förderung der Sozialdemokratie nach Kartellaufsicht und der Errichtung eines Kartellamts dar. Auch dieses Kartellamt fordern wir mit Machtbefugnissen ausgestattet, die ihm rückhaltlose Information und Kontrolle sowie Eingriffe in die Preise sichern.

Diesen beiden Forderungen gilt in erster Linie der wirtschaftspolitische Kampf der Sozialdemokratie. Ihre Durchsetzung ist ein großer Schritt auf dem Wege zur sozialen Demokratie und zum Sozialismus.

Dies ist aber erst ein Anfang. Wir werden bei gewissen Großkonzernen und vertrauten Industrien noch weitergehen!

Sodann streifte Hüfnerding die wichtigsten außenpolitischen Fragen. Er legte dar, wie die bewußte Abkehr von der Stresemann-Politik einen Unruheherd nach dem anderen geschaffen und besonders das deutsch-französische Verhältnis verschlechtert hat. Die Sozialdemokratie ist schon für eine Verständigung mit Frankreich eingetreten, als dies in Deutschland noch für eine Ungeheuerlichkeit galt. Sie vertritt jetzt nachdrücklicher denn je die Notwendigkeit einer derartigen Verständigung. Was soll nach Ablauf der uns gewährten sechsmonatlichen Stundung der Auslandskredite werden, wenn das deutsch-französische Verhältnis sich noch nicht gebessert hat und als letzte Ursache für weitere Milliarden Kreditabflüsse im Februar dient? Die Frage der wirtschaftlichen Stabilisierung Deutschlands ist so lebenswichtig und so eng mit langfristigen Auslandskrediten verbunden, daß alle anderen Fragen, die der Zollunion und die der militärischen Bewaffnung völlig in den Hintergrund treten.

Wir stehen vor einem außerordentlich harten Winter. Die dringende Aufgabe ist die Sicherung der Lebenshaltung des deutschen Volkes und die Erhaltung der Arbeitslosen.

Der Wert der deutschen Produktion ist von 65 auf 43, also um 22 Milliarden gesunken. Das ist die Zahl aller Einnahmen der öffentlichen Finanzen und sämtlicher Sozialversicherungsinstitute. Das kennzeichnet die Schwere des Problems. Die Erhaltung der Arbeitslosen ist eine Frage der Erhaltung der Gemeindefinanzen. Die Sozialdemokratie fordert die Zusammenlegung der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge in einer Reichsarbeitslosenfürsorge, legt sich aber mit allen Mitteln für eine Erhaltung der Arbeitslosenversicherung ein. Wenn das Reich bei der Zusammenlegung der Krisen- und Wohlfahrtsunter-

Snowdens Pferdefur.

Drastische Spar- und Steuermaßnahmen mit einer Bußpredigt eingebracht.

London, 10. September. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus war am Donnerstagnachmittag wiederum von Tausenden von Menschen umlagert. In dem Hause selbst, das zur Entgegennahme einer

Erklärung des Schatzkanzlers Snowden

zusammengetreten war, waren alle Abgeordnetenbänke und die Galerien bis auf den letzten Platz gefüllt.

Snowdens Rede war eine lange Bußpredigt für das englische Volk. Er führte u. a. aus: „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, die Wirtschaft hat ihre Höhe aus dem Kapital bezogen. Das Rotbudget soll eine allgemeine Politik der Beschränkung einleiten und will mit allen budgetpolitisch auch nur irgendwie angreifbaren Schwächen gründlich aufräumen. Die im Laufe des Jahres entstandene Verschuldung des Arbeitslosenfonds wurde unter die Jahresausgaben gerechnet, was zusammen mit dem Rückgang des Ertrags der Einkommensteuer das außerordentlich hohe Defizit erklärt. Die Politik des Sparens für den Arbeitslosenfonds soll beendet werden, auch für den Straßenbaufonds soll nicht mehr geborgt werden, was einen Verzicht auf die Arbeit schaffenden Straßenbaupläne bedeutet. Die ganze Spar- und Steuerpolitik ist auf das Budget des nächsten Finanzjahres abgestellt. Während sich für das laufende Jahr ein Defizit von 74,7 Millionen Pfund ergibt, wird für das kommende Finanzjahr auf Grund der gegenwärtigen Steuern und Ausgaben ein Defizit von 170 Millionen Pfund erwartet. In 1½ Jahren müssen 240 Millionen Pfund entweder erspart oder durch neue Steuern ausgebracht werden.“

Dem grundsätzlichen Plan der Regierung entsprechend will Snowden sein Ziel zur Hälfte durch Einsparungen, zur Hälfte durch neue Steuern erreichen. Die Sparmaßnahmen erfassen fast alle Ressorts, auch dasjenige des Heeres und der Marine.

Fast alle Gehälter und Löhne werden gekürzt.

vom Premierminister bis zum Polizeibeamten, und zwar um jeweils 10 bis 20 Proz. Die Arbeitslosenunterstützung wird um 10 Proz. gekürzt. Das hat zur Folge, daß künftig ein erwachsener Arbeiter

eine Unterstützung von 15,3 Schilling statt bisher 17 Schilling wöchentlich erhält, eine Frau 13,6 statt 15 Schilling. Entsprechende Kürzungen treten auch bei den Zulagen für Familienangehörige usw. ein. Im ganzen wird dadurch eine Ersparnis von 25,8 Millionen Pfund pro Jahr erzielt. Gleichzeitig wird der Wochenbeitrag der Versicherungen gleichmäßig für Arbeiter, Arbeitgeber und die Staatskasse auf 10 Proz. erhöht. Diese beiden Maßnahmen werden den Arbeitslosenfonds von weiteren staatlichen Unterstützungen unabhängig machen.

Die gleichmäßige Teilung zwischen Einsparungen und neuen Steuern bedeutet indes nicht, daß nicht auch auf steuerlichem Gebiet die kleineren Einkommen herangezogen würden.

Mehrere Konsumsteuern werden erhöht.

so für Tabak, Bier und Benzin. Auch die Vergnügungssteuer wird heraufgesetzt, und zwar so, daß die billigeren Kategorien stärker herangezogen werden. Die Einkommensteuer ist gleichfalls in diesem Sinne abgeändert worden, d. h. die kleineren Einkommen werden in Zukunft stärker erfaßt. So ist für den verheirateten Mann das steuerfreie Einkommen von 225 auf 150 Pfund herabgesetzt worden. Immerhin hat sich Snowden auch an eine direkte Erhöhung des Satzes der Einkommensteuer herangewagt, der von 22½ auf 25 Proz. erhöht worden ist. In den höchsten Einkommensstufen tritt ein weiteres Anziehen der Steuerhaken ein, indem die Uebersteuer um 10 Prozent erhöht wird. Um die Industrie durch die neuen Steuererhöhungen möglichst zu entlasten ist ihr zugelegt worden, daß es ihr künftig freistehen soll, mehr als 10 Proz. ihrer Anlagen aus dem Jahresertrag abzuschreiben, ohne daß sie wie bisher für den über 10 Proz. hinausgehenden Betrag Einkommensteuer zu entrichten hat.

Snowden teilte weiter mit, daß eine Konvertierung der fünfprozentigen Kriegaanleihe, von der zwei Milliarden Pfund ausstehen, geplant sei, bei der, wie bei der australischen Konvertierung, die Zustimmung aller Anleihebesitzer als gegeben angesehen werden soll, die nicht innerhalb einer bestimmten Frist sich gegen sie ausgesprochen haben.

Reich und Preußen sparen.

Uebereinstimmung über die Sparmaßnahmen — Die Kürzung der Bürgermeistergehälter.

Am Donnerstag fanden zwischen Vertretern des Reichs und Preußens in der Reichskanzlei mehrstündige Besprechungen über die Angleichung der von den beiden Regierungen beabsichtigten Sparmaßnahmen statt. Die Besprechungen führten zu einer völligen Uebereinstimmung der Auffassungen, so daß sich das Reichskabinet am Freitag mit den Dingen befassen und die von ihm beabsichtigten Maßnahmen ebenfalls abschließend beraten kann. Mit der Veröffentlichung der Besprechungen ist spätestens zu Beginn der kommenden Woche zu rechnen.

Im Verlauf der zwischen dem Reich und Preußen geführten Besprechungen ergab sich vor allem, daß auch vom Reich aus irgendwelche verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Kürzung der hohen Gehälter der kommunalen Wahlbeamten durch Rotverordnung nicht bestehen. Die Gehälter der preussischen Oberbürgermeister, Bürgermeister usw. werden deshalb von Preußen auf dem Wege der Rotverordnung wie folgt festgesetzt werden: Berlin 30 000 M., für Städte von 400 000 bis 1 000 000 Einwohner 18 000 bis 24 000 M., von 100 000 bis 400 000 Einwohner 15 000 bis 18 000 M., von 50 000 bis 100 000 Einwohner 8 400 bis 12 600 M., von 30 000 bis 50 000 Einwohner 6 200 bis 10 800 M., von 10 000 bis 30 000 Einwohner 4 400 bis 8 400 M., von 2 500 bis 10 000 Einwohner 2 800 bis 8 400 M.

Die Rotverordnungen des Reichs und Preußens sollen am 1. Oktober in Kraft treten. Die Kürzung der Gehälter der kommunalen Wahlbeamten, die bei einzelnen Oberbürgermeistern jährlich mehr als 50 000 M. ausmacht, soll jedoch nicht auf einmal, sondern in einem längeren, Jahre umfassenden, Zeitraum erfolgen.

Kommunistische Blutpropaganda.

Schüsse auf eine Polizeiuferkunft.

Köln, 10. September. (Eigenbericht.)

In den letzten Tagen haben zahlreiche Kölner Polizeibeamte durch die Post bzw. durch Boten ein Flugblatt der kommunistischen Partei erhalten, in dem dargelegt wird,

Stützung die 60prozentige Last der Gemeinden übernimmt und den Gemeinden nur 40 Proz. Belastung verbleiben, so bedeutet das eine wesentliche Entlastung der Kommunen von 300 bis 400 Millionen.

Der Wahnsinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zeigt sich darin besonders kraß, daß dem Ueberfluß auf der einen, ärgster Hunger auf der anderen Seite gegenübersteht.

Es geht nicht an, daß Kartoffeln in den Mieten verkaufen und Arbeitslose in den Städten hungern, daß auf den Kohlenhalben sich Berge von Brennmaterial türmen, und die erwerbslosen Massen frieren. Die Sozialdemokratie fordert daher zusätzlich für die Arbeitslosen eine Winterhilfe für die notwendigsten Nahrungsmittel und Brennstoffe.

An der gefühligen Einführung der 40-Stunden-Woche wird die Sozialdemokratie nach wie vor mit äußerster Energie festhalten. Ungeachtet aller Vorwürfe der Reaktion in der Krise muß man feststellen, daß die Arbeiterklasse in Deutschland noch eine Anzahl wichtiger Errungenschaften hat halten können. (Zuruf: Na, na!) Wie sieht es denn in den Ländern aus, wo der Faschismus zur Macht gekommen ist? (Zuruf: Wir fürchten den Faschismus nicht.) Ich nehme den Zuruf auf. Was der deutsche Faschismus will, und was er bei seinem besonders brutalen Charakter der Arbeiterklasse beschern will, das hat kurz vor dem Volkstumschweigen ein Stahlhelmführer in Kachen offen ausgesprochen. Da sollen unter einem faschistischen Regime die Arbeiter wieder zwölf Stunden arbeiten, die Arbeitslosen zwangsweise in die Fabriken geschleppt werden und das Volk wird wieder lernen, schwarzes Brot zu essen. So sieht das

daß die Morde an den Berliner Polizeioffizieren gar keine Morde, sondern nur Abwehrtaten des werktätigen Volkes gegen die Brüning-Braunsche Ausbeutungspolitik seien. Die Polizeioffiziere seien Träger dieses Systems, und es schade nichts, wenn sie einmal die Auswirkungen ihres Vorgehens am eigenen Leibe zu spüren bekämen. Schließlich wird von dem erschossenen Polizeihauptmann Anlauf behauptet, daß er bei seinen Beamten verhaftet gewesen wäre. Die Beamten werden aufgefordert, am Vorabend entscheidender Kämpfe zwischen dem Volk und seinen Unterdrückern auf Seiten des Volkes zu stehen.

Auf die Polizeiuferkunft in Köln-Koll wurden von drei Burchen mehrere Schüsse abgegeben. Die Täter sind unerkannt entkommen. Auf ihre Ermittlung ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden.

Mit dem Messer gegen Reichsbannerkameraden.

Hamburg, 10. September. (Eigenbericht.)

In einem Hamburger Stadtteil überfielen Kommunisten mehrere Reichsbannerleute. Ein Reichsbannermann wurde durch Messerstiche schwer verletzt. Der Ueberfall war offenbar organisiert und ist allem Anschein nach auf eine offizielle Anweisung der KPD. zurückzuführen.

Der Musterbetrieb.

Lahfens Nordwolle zur Nachahmung empfohlen.

In einem Leipziger Verlage erscheint eine Sammlung von Monographien über deutsche Großbetriebe unter dem Sammeltitel: Musterbetriebe deutscher Wirtschaft. Band 25 der Sammlung heißt: Norddeutsche Wollkammerei und Rammgarnspinnerei Bremen. — Wfo: Nordwolle, der Musterbetrieb deutscher Wirtschaft!

Großfeuer in Neufölln.

In den späten Abendstunden brach gestern in Neufölln, Walterstraße 32/38, bei den Gaubschat-Fahrzeugwerken ein Großfeuer aus. In der Autolackierwerkstatt waren über 200 Quadratmeter Fabrikraum in Brand geraten. Die Feuerwehr, die mit acht Kraftwagen anrückte, konnte das Feuer nach einiger Zeit auf seinen Herd beschränken.

Wirtschaftsprogramm des deutschen Faschismus aus. (Stürmisches hört, hört.)

Die Sozialdemokratie wird an ihrer Abwehrtaktik gegen die faschistische Gefahr festhalten.

(Stürmisches Beifall- und Händeklatschen.) Wir werden im Oktober vor schweren Entscheidungen stehen. Noch nie hat es eine sozialdemokratische Führergeneration gegeben, die durch eine so harte politische Schule gehen mußte wie die jetzige. Da ist man den Führern auch einigen Kredit schuldig! Wir werden in die kommenden Kämpfe mit Zuversicht gehen. Voraussetzung für jeden politischen Erfolg aber ist die Einheit und Geschlossenheit unserer Bewegung. Jedes Aufziehen von Sonderorganisationen muß als Verbrechen an der Arbeiterklasse gebrandmarkt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Bleiben wir einig und geschlossen, so werden wir unsere Politik, die der Stärkung der Arbeiterklasse dient, endlich zum Siege verhelfen. (Lebhafte, anhaltender Beifall.)

In der Diskussion wurde von Günther-Neufölln eine Resolution vorgelegt, die Aufgabe der Isolierung der Regierung Brüning, sofortige Einberufung des Reichstags und Kampf mit außerparlamentarischen Mitteln forderte.

Die Resolution Günther-Neufölln wurde nur von etwa einem Fünftel der Versammlung unterstützt. Nach einem anfeuernden Schwurwort von Hüfnerding wurde eine Resolution des Bezirksvorstandes angenommen, die die Zustimmung zu der Entschließung der Reichstagsfraktion ausdrückt.

Arbeitsbeginn im Rathaus

Wieder Stadtparlament — Sozialdemokratie und Beamtengehälter — Ruhige Sitzung

Die Stadtverordneten traten gestern zu ihrer ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammen. Man war auf einen aufgeregten Verlauf der Sitzung gefaßt, aber es ging gestern im Stadtparlament erfreulichsweise wesentlich ruhiger zu als sonst. Der Magistrat war unter Führung des Oberbürgermeisters fast vollständig erschienen, die Presse- und Zuhörertribünen waren lange vor Beginn überfüllt. Der in den Sommermonaten gewählte neue Stadtrat für das Grundstückswesen, Genosse **Seuer**, sah zum erstenmal auf der „Regierungsbank“ der Stadtverordnetenversammlung. Zu Beginn der Sitzung verlas der Vorsitzende eine nichtendwollende Reihe von Dringlichkeitsanträgen und Anfragen, die sich während der Sitzungsfreien Zeit angehäuft hatten. Die meisten Anträge wanderten in die Ausschüsse, die ihre Arbeit in den nächsten Tagen aufnehmen werden. Eine größere Aussprache gab es nur über die Neuregelung der Beamtengehälter. Hierzu gaben die Sozialdemokraten eine längere Erklärung ab.

Stadtverordnetenvorsteher Genosse **Hah** eröffnete die Sitzung mit der Begrüßung des inzwischen in sein Amt eingetretenen bediensteten Stadtrates **Dr. Heuer** (Soz.).

Eine Hochflut von Dringlichkeitsanträgen ergoß sich dann über die Versammlung. Die Sozialdemokraten verlangten vom Magistrat eine Vorlage über seine getroffenen und beabsichtigten Sparmaßnahmen, um auf diese Weise das Mitbestimmungsrecht der Stadtverordneten zu sichern. Die Mehrzahl der anderen Anträge stammten von den Kommunisten und den Deutschnationalen. Größte Einigkeit herrschte zwischen den Massen-antragstellern in dem Borgehen gegen den sozialdemokratischen Kammerer **Tisch**, an dessen Amtsführung ein deutschnationales Börsenblatt und — selbstverständlich — Hugenbergs Zeitungs-plantage allerlei auszufehen hatten. Der Kammerer fährt hin und wieder für einen Tag nach Frankfurt am Main, seiner früheren Wirkungsstätte, — das wird ihm zum Vorwurf gemacht. Sogar Auto ist der Kammerer der größten Stadt Deutschlands gefahren — auch das muß dazu herhalten, eine kleine Höflichkeit zu arrangieren. Es fehlt den antragstellenden Parteien an der Lust zu positiver Arbeit, deshalb soll es wieder losgehen mit Rauch und Standal gegen sozialdemokratische Stadtbeamte. Der Oberbürgermeister erklärte sich sofort zur Beantwortung bereit. Wie der „Vorwärts“ bereits mitteilte, hat sich der Kammerer bei seiner Wahl das Recht ausbedungen, der Stadt Frankfurt gelegentlich noch mit Rat und Tat zur Seite stehen zu dürfen — eine Tatsache, die übrigens längst bekannt war. Nur unter dieser Zusicherung gab Frankfurt ihn seiner Zeit so schnell frei. Ach ist wenige Tage in Frankfurt gewesen, er hat diese Zeit auf seinen Urlaub anrechnen lassen und der Stadt Berlin sind auch keine Kosten entstanden. In Dienstautos ist der Kammerer auch gefahren, weil ihm diese Fahrzeuge in dem gleichen Umfang zur Verfügung stehen, wie dem Oberbürgermeister und den beiden Bürgermeistern. Hingegen kam es zu der Erklärung des Oberbürgermeisters nicht. Das Haus beschloß die Ueberweisung der Anfrage an einen Ausschuss. Ja, das Stadtparlament hat Sorgen! — Hier Dringlichkeitsanträge beschäftigten sich mit der auf Anordnung des Oberpräsidenten vom Magistrat herbeigeführten

Kürzung der Beamtengehälter.

Nach Begründung der Anträge durch die einzelnen Fraktionsredner gab der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse **Flatau** eine Erklärung ab, die wir am Schluß des Berichtes veröffentlichen.

Vorher hatte der Oberbürgermeister darauf hingewiesen, daß durch die Herabsetzung der Beamten- und Angestelltengehälter allein die Gesundung der städtischen Finanzen nicht herbeigeführt werden könne. Zu protestieren sei aber dagegen, daß durch eine maßlose Pressehefte die Gemeindebeamten und Angestellten in den Mittelpunkt jeder finanzpolitischen Erörterung gestellt werden: Dem Diktat des Oberpräsidenten hätte sich die Stadt zunächst fügen müssen, zu hoffen sei aber, daß die Entscheidung des angerufenen Schiedsgerichts zugunsten der Beamten ausfalle. Jedenfalls habe er, der Oberbürgermeister, bei seiner Verfügung zwei Vorbehalte gemacht, dahingehend, daß die Uebergangsbestimmungen hinsichtlich der Gehaltsfürzungen Geltung behalten und das bei einem für die Beamten günstigen Urteil des Schiedsgerichts Nachzahlungen möglich werden.

In der Abstimmung zeigte es sich, wer wirklich den Beamten und Angestellten helfen will.

Für den staatsparteilichen Antrag, der gegen die Anordnung des Oberpräsidenten protestiert, weil sie in ein schwebendes Verfahren eingreift und die Zurückstellung bis zur Beendigung des Schiedsgerichtsverfahrens fordert, stimmten neben den Antragstellern die Sozialdemokraten, Volksparteiler und einige kleinere Fraktionen, während die Kommunisten und die Nationalsozialisten, die am lauteften schrien, dagegen stimmten. Alle anderen Anträge wurden abgelehnt.

Die Schließung mehrerer Krankenanstalten nahmen die Kommunisten zum Anlaß, in einem Antrag die Wiedereröffnung zu fordern. Der Oberbürgermeister bezeichnete die Schließung als eine Maßnahme, diktiert durch die notwendigen Sparmaßnahmen; es sei festzustellen, daß sehr viele Betten in den geschlossenen Anstalten freiständen. Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt, dagegen ein deutschnationaler angenommen, der sich insbesondere gegen die Schließung des Hindenburg-Krankenhaus in Zehlendorf wendet.

Ohne wesentliche Debatte wurden verabschiedet ein neues

Wasserflugzeug verunglückt.

Ein Ehepaar ertrunken. — Pilot gerettet.

Warnemünde, 10. September.

Bei einer Kollision infolge Motorstörung gleich nach dem Start geriet das Flugzeug D 2115 beim Ausrollen vom Landeplatz ins Wasser und überschlug sich. Die beiden vorn sitzenden Passagiere, ein Ehepaar Koefer aus Wandsbek bei Hamburg, ertranken, bevor die zu Hilfe eilenden Augenzeugen des Unfalls sie unter dem Flugzeug heroorheben konnten. Der Führer des Flugzeuges wurde bei dem Aufprall aufs Wasser aus dem Stuhl geschleudert und konnte gerettet werden.

Graufiger Selbstmord.

Durch einen Sprengkörper in Atome zerrissen.

Labiau, 10. September.

Ein 23jähriger Besitzersohn aus Schillgallen verübte auf furchtbare Art Selbstmord. Er legte sich mit dem Oberkörper über einen Sprengkörper und steckte diesen mit einem Streichholz in Brand. Seine Eltern wurden durch die Explosion erschreckt und eilten auf den Hof. Am Tatort war durch die Explosion ein etwa 90 Zentimeter großes Loch in den Boden geschlagen worden. Auf dem Scheunendach und in der weiteren Umgebung verstreut fand man die völlig zerfetzten Körperteile des jungen Mannes. Das Motiv der Tat ist noch nicht bekannt.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN
VON Felix Scherret.

„Zu gering?“ Erikson versteht überhaupt nicht. „Was heißt, zu gering? Kleinvieh macht auch Mist. Ach, der vornehme Herr kommt zu mir, bettelt mich an, und auf der anderen Seite schmeißt er das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinaus. Auf meinem Rücken will er großzügig zu den Angestellten sein!“

„Erlaube mal! Wie sprichst du zu mir?“ James schnell in die Höhe. „Du bist auch schon bei mir verschiedene Male gewesen. Das hast du wohl vergessen?“

Erikson machen temperamentvolle Ausbrüche bei anderen nerods. Warum schreit der Mann? Er steckt doch nicht am Spieß. Außerdem war es nicht böse gemeint. Müssen sich gute Freunde und Geschäftskollegen immer mißverstehen?

„Bleib schon sitzen“, lenkt er ein, „wir haben wirklich das Uebelnehmen nicht nötig. Na, nun laß schon! Herrgott noch mal!“

James seht sich wieder. Nur ein Schmollippchen künde von der überstandenen Erregung. Er umpanzelt sich aber mit eisigem Schweigen. Seine Menschenwürde hat noch nicht den Schlag überwunden. Ein kleine Wunde blutet in der Nähe des Herzens.

„Solidarität ist die Hauptsache“, beginnt Erikson von neuem diesmal mit völlig sachlicher Stimme. „Es heißt immer: Proletarier aller Länder, vereinigt euch. Die denken nicht daran. Die machen sogar in einem einzigen Laden wie Deutschland drei verschiedene Firmen auf, die gegeneinander den tollsten Konkurrenzkampf führen. Wir sind aber eine geschlossene Macht!“ Er schlägt sich auf die Brust. „Und keiner darf aus der Reihe tanzen. Verstehst du? Keiner! Augenblicklich bauen wir die Löhne ab. Wir haben es nicht nötig, wir machen es trotzdem, und du mußt mittun!“ Er gießt Rotwein in den Sekt. „Zeig deinen Leuten endlich die Faust!“

Der Mann spricht die Wahrheit. Was hatte James früher unter den ständigen Tarifierhöhungen zu leiden. Jetzt liegt ein anderer Trumpf auf dem Tisch. Das Rad drehte

sich. Damals war man gezwungen, die Leute zu hofieren, damit sie blieben. Heute fressen sie aus der Hand. Herr Ziege würde sich bestimmt den Hintern verhaufen lassen, wenn er, James, Spaß daran hätte. Man ist viel zu gut zu den Herrschaften. Schließlich bleiben sie Arbeiter und Angestellte, also Menschen der Tiefe, Minderwertigkeiten. Natürlich tragen die hohen Löhne einen großen Teil der Schuld an der augenblicklichen Krise. „Ja, ja, ich muß dir recht geben“, nickt er Erikson zu, der sich jetzt in seinem Notizbuch Aufzeichnungen macht. „Aber wie steht es mit der Anleihe?“

„Kannst es haben.“ Erikson ist freundschaftliche Herablassung. „Ich bin zur Zeit gerade flüssig mit Geld. Doch du mußt gewisse Bedingungen erfüllen. Beschäftigt geht über Freundschaft!“

Und dann kommen die Bedingungen! Vor etwa drei Jahren hat James einmal Kurt Erikson aus der Patsche geholt, sogar aus einer sehr tiefen Patsche. Ihm genügte ein Wechsel. Selbst der Bürge schien ihm überflüssig. Er wußte, wenn Erikson Geld hat, wird er zahlen, und Bürgen können auch vor der Zeit pleite gehen. Sie tun es meistens. Warum verlangt nun derselbe Erikson eine hypothekarische Sicherheit und eine Verpfändung des Lagers? Haben die irrsinnigen Zeiten seinen Verstand getrübt? Wer soll sich da noch auskennen? Das Haus ist selbstverständlich nur mit der Anstands-hypothek zum Schutz gegen steuerliche Uebergriffe belastet, sonst steht es makellos da in vorbildlich sauberem, finanziellem Zustand. Die Aktien dürfen nicht verlorengehen, und Marx wird um drei Uhr sein blaues Wunder erleben, also heißt man in den sauren Apfel. Leider ist der Apfel zu sauer geraten. Es handelt sich um einen offensbaren Mißgriff der Natur. James zweifelt immer stärker an der Weltordnung.

Als er mittags ins Büro zurückkommt, erschöpft, müde und verärgert, ja geradezu traurig, ist Wilma in seinem Zimmer. Sie ordnet die Briefe für die Unterschriften, Ring wedelt herzhaf.

„Er war sehr artig“, bemerkt Wilma. „Ich weiß nicht, was er von Ziege wollte.“ Sie hat bisher in den Briefen geblättert. Jetzt sieht sie auf und weiß, daß etwas Außer-ordentliches vorgefallen sein muß. James ist nicht wieder-zuerkennen. Seine Schultern hängen. Das Gesicht erscheint angestaubt und von Falten zerrissen. „Was ist dir?“ Sie streichelt seine Wangen. „Rede doch endlich!“

„Laß mich, Kind, mir ist wirklich nichts.“ Sein Lächeln scheidet. „Geschäftlicher Ärger, eine Bagatelle!“

Regulatio für die Schlachtoieh- und Fleischbeschau, ferner der Entwurf und die Kosten für die neuen Uferanlagen bei der neuen Jannowigbrücke, dann noch der Neubau einer Volksdoppelschule in der Erlen- und Eschenstraße in Steglitz. Eine große Anzahl der Tagesordnungspunkte wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Sozialdemokratische Erklärung

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion bedauert, daß der Oberbürgermeister trotz des übereinstimmenden Beschlusses der beiden städtischen Körperschaften unter dem Druck der Aufsichtsorgane gezwungen wurde, die Kürzung der Beamten- und Angestelltengehälter entsprechend dem Beschluß des Oberpräsidenten vom 3. Juni 1931 vom 1. Oktober ab vorzunehmen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion bedauert diese Maßnahme umso mehr, als sie nach wie vor der Auffassung ist, daß die seit dem 1. Oktober 1927 geltende und erst jetzt von der Aufsichtsbehörde beanstandete Befoldungsordnung nicht nur keinen Verstoß gegen § 43 der Preussischen Befoldungsordnung enthält, sondern daß sie vielmehr unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Berliner Verhältnisse und des Amtsinhalts der Beamten und Angestellten den Bedürfnissen der Berliner Verwaltung im vollsten Umfang gerecht wird.

Die Fraktion hofft zuversichtlich, daß das vom Oberbürgermeister angerufene Schiedsgericht zur Nachprüfung der Berliner Befoldungsordnung eine Uenderung des Beschlusses des Oberpräsidenten herbeiführen wird. Es wäre deshalb angebracht gewesen, wenn der Oberpräsident diese Entscheidung abgewartet und nicht durch die Androhung, Wohlfahrtsmittel zu sperren, die Stadt gezwungen hätte, dieser Entscheidung vorzugreifen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion verkennt nicht, daß sich der Oberbürgermeister in einer Zwangslage befindet. Die Anforderungen an die Stadt, um die ausgefallenen Arbeitslosen zu unterstützen, sind so groß und so vordringlich, daß es ohne finanzielle Hilfe des Reiches nicht möglich ist, künftighin diese Aufgabe zu erfüllen. Selbst die stärkste Drosselung der Mittel für notwendige kulturelle und soziale Zwecke und noch weitere Gehaltsfürzungen werden ohne ausreichende Reichshilfe den finanziellen Zusammenbruch der Gemeinden nicht aufhalten können.

Die Sozialdemokratische Partei hat deshalb durch ihre parlamentarischen Vertretungen wiederholt die Forderung auf eine umfassende Reichshilfe für die Gemeinden sowie auf eine Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge unter ausreichender finanzieller Beteiligung des Reiches erhoben und verfolgt diese für die Gemeinden zur Zeit wichtigste Frage mit besonderem Nachdruck. Sie weiß sich damit in Uebereinstimmung mit den breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber der arbeitenden Bevölkerung wird die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion alles tun, um die Interessen der durch den Gehaltsfürzungsbeschluß betroffenen Beamten und Angestellten zu vertreten. Sie wird sich insbesondere für eine beschleunigte Durchführung des schiedsgerichtlichen Verfahrens einsetzen und fordert den Herrn Oberbürgermeister auf, seinerseits im gleichen Sinne zu wirken. Hierin erblickt sie die einzige Möglichkeit, den Beamten und Angestellten zu helfen. Die Fraktion lehnt es daher ab, Anträge ihre Zustimmung zu geben, die unter Berücksichtigung der zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht durchgeführt werden können.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion fordert den Herrn Oberbürgermeister auf, dafür zu sorgen, daß die durch die Verschlechterung ihrer Lebenshaltung in starkem Maße beunruhigten Beamten und Angestellten nicht noch durch Verwaltungsmassnahmen wie Verlängerung der Dienstzeit, Verfürzung des Urlaubs und Abbau der Unterstützungseinrichtungen, geschädigt werden.

Die Fraktion weiß, daß ihre Stellungnahme nicht nur bei den objektiv urteilenden Gruppen des städtischen Personals, sondern auch bei dem Teil der Bevölkerung, der die Gesamtlage in Reich, Ländern und Gemeinden klar erkennt, volles Verständnis finden wird.

„Ach will wissen, worüber du dich im Geschäft geärgert hast“, begehrt Wilma auf. „Du sagst mir doch sonst alles.“ Ihre Augen blicken klar, gar nicht bejorgt. Hat James die Absicht, ihr auszuweichen? Das wäre der erste Versuch, der sofort im Keim erstickt werden muß. Jede Palastrevolution kann einen Herrscher stürzen, und ein ungekrönter Herrscher steht noch unsicherer da als ein durch das Standesamt legitimerter. „Erzähl mir.“

„Ich komme heute abend zu dir. Hoffentlich hast du Zeit und wirst mich empfangen?“

Wilma umfaßt den Kopf ihres Freundes. Manfred sieht jetzt irgendwo in Schottland. Vielleicht singt er in einer vom Alter geschwärtzten Schloßhalle Tristans Abschied. Eine paar blöde Gits hören zu und schwärmen ihn an. Lieber Freund, man greift nicht nach den Sternen...! Wo habe ich dieses Lied gehört? Vor Jahren im Stadttheater! Bei einer Ueber-Operette? Es kann auch ein anderer Komponist gewesen sein. Der kleine Student war dabei. Man vergißt so leicht. Ja, wenn Manfred gesungen hätte! Dieses Gesicht! Ich werde mir nachmittags noch Platten kaufen. Hoffentlich gibt es auch von ihm Volkslieder oder Tosellis Serenade.

„Also ich komme wie immer.“ James drängt sie sanft zur Tür hinaus. Er hat keine Geheimnisse vor ihr, Gott bewahre! Abends soll sie alles haargenau erfahren, und er ist sogar gespannt auf ihr Urteil. Aber jetzt muß die Sache zuerst mit Christians besprochen werden. Was heißt besprechen! Da gibt es nicht viel zu besprechen. Er wird seine Anordnungen über die verschiedenen Gehaltsfürzungen erteilen, und Christians hat dafür zu sorgen, daß alles klappt.

Christians ist nicht in seinem Zimmer.

„Suchen Sie Herrn Christians“, befiehlt James dem Lausburschen Paul. „Ich lasse ihn zu mir bitten.“

James ist nicht mehr unsicher. Natürlich müssen die Gehälter gekürzt werden. Er hätte schon lange darauf kommen können.

„Was gibt's, Herr Silberfester?“

„Ja, lieber Christians, legen wir uns mal. Ich habe da verschiedene Pläne vor und möchte mit Ihnen darüber reden.“ So ganz zu übergehen ist der Mann nicht, überlegt James. Er hatte schon bei Onkel Eduard Profura. Schließlich kann man sich mit ihm von Mensch zu Mensch unterhalten.

„Sie wissen ja, die Beschäfte gehen obermies. Wir sind gezwungen, zu sparen, auch im Kleinen.“

(Fortsetzung folgt.)

Aufruf der Frauen.

Gemeinsame Aktion gegen die Not des Winters.

Die führenden Frauenorganisationen Deutschlands erlassen einen Aufruf an alle Frauen, im kommenden Winter zur Hilfeleistung für hungernde und frierende Volksgenossen bereit zu stehen. Der Aufruf, der auch von dem Arbeiterinnensekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unterzeichnet ist, hat folgenden Wortlaut:

„Schwerster wirtschaftlicher Druck, härteste menschliche Not lasten auf dem deutschen Volk. Die Arbeitslosigkeit wächst erschreckend. Unzählige einzelne, die früher zur Linderung der Not ihrer Mitmenschen beitrugen, sind heute selber hilfsbedürftig. Den Einrichtungen der Gesundheits- und Kinderfürsorge droht der Zusammenbruch.“

Wir alle sehen mit größter Sorge dem kommenden Winter entgegen. Wer wird die Millionen von Hungernden und Friierenden, die Kranken und Kranken, die hilflos den Kindern? Wer hilft den Verlassenen und Hoffnungslosen? Wer wird die hilflos vor dem Leben stehenden Jugendlichen seelisch aufrechterhalten?

Die Maßnahmen von Staat und Gemeinden sind allein nicht imstande, der Not wirksam zu begegnen. Auch die Kraft der freien Wohlfahrtspflege reicht nicht aus, wenn ihr nicht neue Hilfskräfte in großer Zahl zur Seite treten.

Die unterzeichneten Verbände richten deshalb an alle deutschen Frauen den dringenden Ruf:

„Befragt eure Mithilfe nicht! Die Nothilfe leistenden Organisationen warten darauf, daß ihr euch ihnen zur Verfügung stellt.“

Jeder gebe und helfe nach seiner Kraft, nach seinem Vermögen; auch die kleinste Gabe, auch der geringste Hilfsdienst ist heute unentbehrlich. Lohnt uns wieder lernen, von Mensch zu Mensch einander beizustehen und einer des anderen Last mit zu tragen.“

Der Aufruf ist unterzeichnet von den folgenden Frauenorganisationen: Arbeiterinnensekretariat des A.D.G.B., Bund Deutscher Frauenvereine, Deutscher Akademikerinnenbund, Deutsch-Evangelischer Frauenbund, Evangelische Frauenhilfe, Jüdischer Frauenbund, Katholische Frauen-Berufsverbände, Katholischer deutscher Frauenbund, Die deutschen Frauenvereine vom Roten Kreuz, Verband der katholischen Jungfrauen- und Müttervereine, Vereinigung evangelischer Frauenverbände Deutschlands.

Goebbels' Verschleppungsmanöver.

Die Strafen sind ihm zu hoch.

Hg. Goebbels, der große Redner von Hitlers Gnaden im Sportpalast und der große Schweiger im Gerichtssaal, stand wieder einmal vor der Berufungskammer. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte ihn wegen öffentlicher Beleidigung in fünf Fällen — zur Verhandlung mußte Goebbels, wie erinnerlich, damals vorgeführt werden — zu einem Monat Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt. Durch Artikel im „Angriff“, für die Goebbels verantwortlich zeichnete, hatte er den Kriminalkommissar Buchdahl, den Polizeipräsidenten Weiß, den Polizeiobersten Heimannsberg, den Polizeipräsidenten Jürgel und den Schöneberger Magistrat beleidigt.

Nach zweieinhalbstündiger Verhandlung sah sich das Gericht gezwungen, die Sitzung zu vertagen und einen neuen Termin anzuberaumen. Der Naziheld scheute sich nämlich nicht, in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß er verantwortungslos genug gewesen sei, sämtliche ihm zur Last gelegten Artikel verantwortlich zu zeichnen, ohne von ihnen die geringste Kenntnis gehabt zu haben. Sein Faktotum im „Angriff“, Hg. Wille, könne das bezeugen. Hg. Wille ist aber ausgerechnet gestern, unmittelbar vor dem Gerichtstermin, verstorben. Ohne ihn, erklärte aber Goebbels Verteidiger, könne nicht verhandelt werden. Rechtsanwält Dr. Kantorowicz widersetzte sich dem Antrag der Verteidigung: selbst wenn Goebbels Behauptung zutreffend wäre, trüge er die Verantwortung für die im „Angriff“ veröffentlichten Beleidigungen. Das Gericht gab jedoch dem Antrag der Verteidigung auf Verlegung statt und behielt sich neben der Ladung des Hg. Wille auch die Ladung des Polizeipräsidenten Dr. Weiß und des Obersten Heimannsberg als Zeugen vor.

Der große Redner von Hitlers Gnaden und der Schweiger im Gerichtssaal, Hg. Goebbels, ist ja bekanntlich auch ein großer Kneifer vor Gericht. Auch darin bleibt er sich treu. Die über ihn verhängten Geldstrafen haben eben eine derartige Höhe erreicht, daß der schon ohnehin Pleite-„Angriff“ sie selbst in kleinen Raten nicht mehr bezahlen kann. Bleibt die einzige Hoffnung auf das Dritte Reich. Daher die Verschleppungsmanöver.

Ohne Kopf zwischen den Schienen.

Zurückbarer Fund in Böhmen.

Dresden, 10. September.

Wie aus Warnsdorf in Böhmen gemeldet wird, wurde am Donnerstag früh beim sogenannten „Wästenloch“ der Kopf eines Mannes auf der Bahnstrecke zwischen Hillembühl und Böhmisches Kamnitz gefunden. Etwa 15 Meter nördlich zwischen Ruinen lag der Kopf. In dem Toten wurde ein Mauerer aus Falkenau erkannt, der vermutlich in der Nacht vom Zuge überfahren wurde. Ob es sich um einen Unglücksfall, ein Verbrechen oder um einen Selbstmord handelt, konnte bisher nicht aufgeklärt werden.

Mörder stellt sich.

Zu dem Mord an der 16jährigen Tochter des Bäckermeisters Classen in Gruppndüren (Odenburg) wird mitgeteilt, daß sich der Täter, der 25 Jahre alte Bäckergehilfe Georg Cordes, der Polizei gestellt hat. Er hat ein volles Geständnis abgelegt. Er war mit Hanna Classen nachts zusammengekommen, wobei ihm das Mädchen erklärt habe, daß sie das Verhältnis zu lösen beabsichtige. Er sei darüber so in Erregung geraten, daß er seine jugendliche Geliebte erdroffelte. Nach der Tat irrte er stundenlang planlos umher und stellte sich dann der Polizei.

Seinen hiesigsten Geburtsort kann am 12. September der Invalide Paul Seeso, Paul-Singer-Str. 97 IV, begehen. Der Jubilar ist seit 1888 Leber des „Vorwärts“.

Deutsche Baugenossenschaft pleite.

Post- und Polizeibeamte geschädigt. — Unzulässige Geschäftsmethoden

Die 1926 gegründete Deutsche Baugenossenschaft zu Berlin z. B. m. b. H., die sich seit längerem in Zahlungsschwierigkeiten befindet, steht vor dem Konkurs. Die Ueberschuldung aus Verlustgeschäften beträgt nur 400 000 Mark. 187 000 Mark eingezahlte Geschäftsanteile der 500 Genossen, hauptsächlich Beamte der Post und Polizei, sind verloren. Außerdem müssen die Mitglieder mit den Haftsummen — 500 Mark für jeden Genossen — in Anspruch genommen werden.

Die Deutsche Baugenossenschaft war seit langem als eines derjenigen „gemeinnützigen“ Unternehmen bekannt, die von betriebsamen Geschäftsmachern in der Rechtsform einer Genossenschaft gegründet wurden, um Hauszinssteuer, mittel und Steuerbefreiungen zu erhalten, die jedoch mit dem Geist gegenseitiger sozialer Hilfe, der die Baugenossenschaften durchweg beherrscht, nichts zu tun haben. An ihrer Spitze stand der frühere Bankdirektor Schier, der zusammen mit dem ehemaligen Betriebsingenieur bei den Berliner Städtischen Gaswerken, Klar, die Geschäfte führte. Dem Aufsichtsrat, der jetzt zusammen mit dem Vorstand wegen seiner leichtfertigen Geschäfte abberufen worden ist, gehörten Baumeister und Magistratsbauverwalter an. Der Architekt war ein bekannter Neuköllner Nationalsozialist. Für die Bauaufträge hatten zwei Berliner Großbauunternehmer das Monopol.

Die Verluste des Unternehmens, das sich in wenigen Jahren

einen Hausbesitz im Werte von 7 1/2 Millionen schaffen konnte, sind auf Geschäfte zurückzuführen, die jede verantwortungsbewußte geleitete Baugenossenschaft ablehnen muß: Fehlbeträge, die bei der Erstellung der ersten Bauten entstanden waren, wurden mit Baugeldern gedeckt, die bei neu in Angriff genommenen Bauvorhaben eingingen. Um die hier aufgerissenen Lücken wieder zu stopfen, wurden wieder Neubauten begonnen — bis die öffentlichen Mittel weniger reichlich flossen und der Zusammenbruch unvermeidlich war. Diese Praktiken sind bei manchen nur dem Namen nach gemeinnützigen Baugesellschaften üblich und werden durch das Versteigern der Baugelder in der Wirtschaftskrise aufgedeckt. Nicht Grundstücke, von denen ungewiß war, ob sie bebaut werden konnten, wurden von der Deutschen Baugenossenschaft auf Vorrat gekauft. In einem Fall allein betrugen die Verluste aus Provisionszahlungen für einen Grundstückskauf 100 000 Mark. Eine der Hauptursachen des Zusammenbruchs bildet ein Bauparavertrag über 120 000 Mark, den die Baugenossenschaft durch Vermittlung der Baukredit A.-G. mit der im Zusammenhang mit dem Devalve-Skandal genannten Central-Bausparkasse A.-G. abschloß.

Die Geschäftsbücher der Deutschen Baugenossenschaft wurden bereits vor dreieinhalb Jahren von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, ohne daß die Öffentlichkeit gewarnt worden wäre.

Gasattentat auf Oberschweizer.

Sollte ein wichtiger Zeuge heimlich beseitigt werden?

Ein aufsehenerregendes und zunächst noch vollkommen ungeklärtes Attentat auf die Familie eines Oberschweizers hat sich soeben in der hiesigen Ortschaft Groh-Jänowitz zugetragen.

Wie erinnerlich sein dürfte, kam es vor einigen Wochen auf der Domäne Groh-Jänowitz zwischen dem Oberschweizer Hartwig und dem Sohn des Rittergutsbesitzers Günther zu einem Streit, in dessen Folge Günther sich ein Gewehr holte und den Oberschweizer bedrohte. Bald darauf feuerte Günther tatsächlich, aber der Schuß traf nicht den Oberschweizer, sondern den vollkommen unbeteiligten Rotterlehrer Beier.

Der junge, bedauernswerte Mensch wurde sofort getötet.

Günther wurde zwar verhaftet, aber merkwürdigerweise freigelassen, da seiner Angabe, daß er in Notwehr gehandelt habe, geglaubt wurde. Später jedoch wurde er erneut in Haft genommen. In kurzer Zeit soll er sich nun wegen seiner Tat vor dem hiesigen Schwurgericht verantworten. In diesem Prozeß gegen Günther wird der Oberschweizer Hartwig der Hauptbelastungszeuge sein.

Als sich am Dienstagabend der Oberschweizer mit seiner Familie ins Bett begeben und bereits mehrere Stunden geschlafen hatte,

wachte die Ehefrau gegen 10 Uhr plötzlich auf und spürte eine starke Benommenheit im Kopf. Plötzlich kam ihr der Gedanke, daß sich Gas im Zimmer befinden müsse. Sie weckte ihren Mann, der aber bereits derart betäubt war, daß er sich nur mühsam zum Fenster begeben konnte, um es zu öffnen. Unmittelbar darauf sank er halb bewusstlos zu Boden. Durch die Unruhe waren Nachbarn aufmerksam geworden, die nun herbeikamen, den Verunglückten die erste Hilfe angedeihen ließen, den zuständigen Landjägerposten benachrichtigten und auch einen Arzt herbeiriefen, der ohne weiteres eine schwere Gasvergiftung feststellen konnte. Wie das Gas in das Zimmer gekommen ist, ist zunächst noch ganz unklar, da die Wohnung natürlich keine Gasleitung aufweist.

Man nimmt aber bereits an, daß das Gas von außen her mittels eines Schlauches durch das etwas unbedachte Fenster in das Zimmer geleitet worden ist.

Die Lebensgefahr für die Familie Hartwig ist zunächst beseitigt. Es muß noch diesem äußerst seltsamen Vorkommen erwartet werden, daß die Polizei und Gerichtsbehörden mit aller Beschleunigung und aller Rücksichtslosigkeit die notwendigen Klärungen vornehmen.

Der Unbekannte im grauen Mantel.

Untersuchung Karl Streckers auf seinen Geisteszustand.

Die Strafkammer in Potsdam sollte sich gestern mit dem Antrag der Verteidigung auf Haftentlassung des Schriftstellers Karl Streckers wegen Haftunfähigkeit beschäftigen. Im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen ist dieser Antrag jedoch wieder zurückgezogen worden, weil neuerdings Zweifel an der vollen Zurechnungsfähigkeit des Schriftstellers entstanden sind.

Streckers soll jetzt von Potsdam nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit übergeführt werden, wo durch den Gefängnisarzt und wahrscheinlich noch durch mehrere Psychiater eine Untersuchung über den Geisteszustand des beinahe Siebzigjährigen stattfinden soll. Die Zweifel an Streckers Zurechnungsfähigkeit gründen sich sowohl auf Angaben seines Hausarztes, wonach bei Streckers der Verdacht einer beginnenden Paralyse bestehe, als auch auf merkwürdigen Erklärungen, die der Schriftsteller vor dem Potsdamer Untersuchungsrichter zu Protokoll gegeben hat. Danach sei er schon die ganzen letzten Monate hindurch von einer „inneren Stimme“ verfolgt worden, die ihm gesagt habe, er müsse dieses Verbrechen begehen. Eines Abends, als er an seinem Schreibtisch saß, hätte diese Stimme plötzlich menschliche Gestalt angenommen. Ein Unbekannter, der mit einem grauen Mantel bekleidet gewesen sei, habe ihn nochmals aufgefordert, die Tat auszuführen, und dann sei die Erscheinung spurlos verschwunden. Diesem Zwang habe er sich schließlich nicht mehr widersetzen können und er sei so zum Verbrecher geworden.

Ohne der Untersuchung der Psychiater vorgehen zu wollen, kann man doch sagen, daß der „Unbekannte im grauen Mantel“ und die „innere Stimme“ recht romanhaft klingen.

Hausfuchungen in Berlin SW.

Von Beamten der Politischen Polizei sind im Laufe des gestrigen Tages in zahlreichen Wohnungen von Personen, die im Verdacht stehen, an der Schießerei in der Oneisenstraße beteiligt zu sein, Hausfuchungen vorgenommen worden. Die polizeiliche Aktion erstreckte sich auch auf Personen, die mit den der Tat dringend Verdächtigen in Beziehungen stehen. Die Hausfuchungen waren erst in den späten Abendstunden beendet. Ueber das Ergebnis ist bisher nur soviel bekannt geworden, daß Schriftsternmaterial gefunden und beschlagnahmt wurde. Alle weiteren Angaben werden von der Politischen Polizei im Interesse der Untersuchung geheimgehalten. Wie es heißt, sollen noch einige Festnahmen erfolgt sein. Von den am Mittwochabend und im Laufe der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag Verhafteten ist ein Teil bereits wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Die Schließung der Sommerbadeanstalten des Bezirks Köpenick findet statt am Sonntag, dem 13. September.

Briand und Curtius im Rundfunk.

Die Rede des französischen Außenministers Briand in der Völkerverversammlung wird heute, Freitag, den 11. September, vormittags 10 Uhr, erwartet, die Rede des deutschen Außenministers Dr. Curtius am Sonntag, dem 12. September, wahrscheinlich gleichfalls um 10 Uhr vormittags. Beide Reden gelangen im Programm der Aktuellen Abteilung der Funkstunde zur Uebertragung.

Auch eine Wohnungsbaupolitik.

Der Zusammenbruch des Norddeutschen Volkswirtschaftsrates hat ein interessantes Schlaglicht auch auf die „Wohnpolitik“ der Großkapitalisten geworfen. Die vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei herausgegebene kleine Schrift: „Das Panama der Nordwalde“ (16 Seiten, illustriert, Preis 10 Pf.) berührt darüber recht eingehend. Die Broschüre verdient es, auch gerade in Mieterkreisen besonders beachtet und gelesen zu werden. Die billige Schrift ist in allen Parteibuchhandlungen zu haben.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Donnerstag, 10. September.

Leitungs-Rennen. 1. Karth (Carnegie); 2. Margot; 3. Mojordomus. Toto: 30:10. Platz: 15, 17, 15:10. Ferner liefen: Melusine (4.), Freiwiliger, Taktus, Blauer Vogel, Florio, Clematis.

Parade-Rennen. 1. Kollera (O. Schmidt); 2. Roma; 3. Perlmuschel. Toto: 33:10. Platz: 14, 23, 17:10. Ferner liefen: Witz August (4.), Adello, Hellom and Mad. Friedensruhe, Mita, Immermein, Intermezzo, Regill, Island, Post.

Amerino-Rennen. 1. Groß (O. Schmidt); 2. Willkomm; 3. Ohsj. Toto: 65:10. Platz: 21, 21, 31:10. Ferner liefen: Impressionist (4.), Romos, Sanfranchi, Fehlbügel, St. Robert.

Waldfried-Rennen. 1. Schwabeneur (Grabch); 2. Wilderich; 3. Wunderkind. Toto: 39:10. Platz: 13, 11, 13:10. Ferner liefen: Großlos (4.), Marion, Waghuda, Prunella.

Kuglas-Rennen. 1. Wolken (Rastenberg); 2. Napoleon; 3. Rodus. Toto: 37:10. Platz: 19, 21:10. Ferner liefen: Wallitus (4.), Walgertraum.

Orlabe-Rennen. 1. Ostermühl (O. Schmidt); 2. Urfehde; 3. Parfalle. Toto: 61:10. Platz: 18, 14, 26:10. Ferner liefen: Arbeit (4.), Daffin, Piggarro, Selam, Guntram, Schneefall, Chrysantheme, Reutro, Piano, Marienta, Marinkes, Anna.

Solard-Rennen. 1. Wunderblume (Hiller); 2. Steinfeld; 3. Jernigoben; 4. Sola. Toto: 58:10. Platz: 14, 13, 16, 22:10. Ferner liefen: Sparlette (5.), Calor, Eisläufer, Utische, Otto, Quas ego, Martonius, Bellino, Rajeto, Langule, Somala.

Kochschau bei Wertheim. In unserer Notiz vom 8. d. M.: „Das Kochschau ist wieder da“, blieb versehenlich die Veranstalterin der Vorführung, die Firma A. Wertheim, ungenannt, was wir hiermit ergänzend nachtragen.

Am 12. September 1931 ist Herr Georg Kuhn, Berlin, Manteuffelstr. 16, hiesig, als Chauffeur bei der Firma Graf u. Clappenburg, Berlin, tätig.

Jede Bohne Qualität - jeder Tropfen ein Genuß ... aber der echte KAFFEE HAG muß es sein!

Stadttheater hilft sich selbst Tüchtige Leute in Friedrichshagen — Werk schöner Solidarität

Die Bilanz des Friedrichshagener Naturtheaters ist unzweifelhaft die erfreulichste Theaterbilanz Berlins: sie wartet zwar weder mit einer imponierenden Zahl von Serienaufführungen, noch mit gigantisch anmutenden Kasseneinnahmen auf, dafür aber mit einem erfreulichen Werden und Wachsen aus eigener Kraft, einem stetigen Kampf bei wertvollem künstlerischen Schaffen. Am kommenden Sonntag ist die Schlussvorstellung in dieser Saison.

Als das Bezirksamt Köpenick im Frühjahr diese sommerliche Freilichtbühne vor den Toren der Stadt ihrer Bestimmung übergab, da war erst einmal durch den Bau selbst einer Reihe Ratgeber für eine kurze Spanne Zeit geholfen worden, dann wollte man ihren Leidensgefährten von der ach so ernst gewordenen heiteren Muse über die trostlose Sommerzeit hinweghelfen — im übrigen nach Möglichkeit beibringen, um das Unternehmen überhaupt lebensfähig zu erhalten. Die Hilfsbereitschaft der Stadtbücher konnte jedoch nicht in die Tat umgesetzt werden, denn bei der steigenden Not war nicht daran zu denken, den Theaterleuten von Friedrichshagen zu helfen; und siehe da — es ging auch ohne die geringste Hilfe, man spielte den Sommer durch, die Künstler erhielten ihre Gagen und die stets wachsende Besucherzahl war das beste Zeugnis, daß die Sache Anflug gefunden hatte.

Aufopfernder Gemeinschaftssinn war das Fundament

Sanz so einfach war es natürlich nicht, das künstlerische Wert durchzuführen und dabei auch allen wirtschaftlichen Faktoren gerecht zu werden; denn es galt da, zwei Wideracher von unerbittlicher Gewalt zu bekämpfen: auf der einen Seite den Wettergott, der gerade in diesem Sommer sich von seiner übelgelauntesten Seite zeigte, auf der anderen Seite die sich von Tag zu Tag verschlechternde Wirtschaftslage. Es war also von Mal zu Mal ein Hangen und Wanken in schwebender Pein: wird es regnen, wird es leidlich besucht sein? Aber da setzte schon gleich die gegenseitige Hilfsbereitschaft, das volle Verständnis für die schwierige Situation und das Zusammenhalten für die gute und wertvolle Sache ein: wurde die Vorstellung infolge schlechten Wetters abgeblasen, dann verzichtete jeder Künstler freiwillig auf seine Gage, ergaben sich schwache und schwächere Kassensrapporte, dann wurde die Gagenzahlung von unten an — also bei den Kleinsten begonnen und nach oben hin so gut wie möglich ausgeglichen. Immer hieß die Devise: erst müssen diejenigen ihr Geld bekommen, die es am dringendsten gebrauchen. Und alles schloß sich mit einmütiger Selbstverständlichkeit diesem Prinzip an. Ob Solist oder Chorgesänger, Musiker, Tänzerin oder Handwerker. Und nicht nur einmal kam es vor, daß der oder jener auf einen Teil seiner Gage zugunsten der anderen verzichtete; es gab auch mal beratende Zusammenkünfte, weil einfach das Fahrgeid nach Berlin nicht da war und wieder fanden sich welche, die einprangen.

„Sommertraum“ der Schlager der Saison.

An 47 Spieltagen, von denen leider 11 infolge schlechten Wetters abgesetzt werden mußten, spielte man „Sommertraum“, der als das erklärte Jugstück des Sommers fast stets ein ausverkauftes Haus brachte, „Räuber“, „Was Ihr wollt“, „Claude und Helmat“, „Wieland der Schmied“, „Versunkene Glocke“, „Leonce und Lena“, „Turandot“, dann in den Kindervorstellungen, die jeden Sonntagnachmittag und auch wochentags stattfinden, „Kostäppchen“, „Dornröschen“, „Schneewittchen“ und andere Märchenstücke.

Jede Klassikervorstellung wurde mit einem viertelstündigen Fanfarengeläute eingeleitet, das sich im Laufe der Zeit als

Wieder für das Theaterpublikum herausgebildet hatte; setzte die Musik ein, dann rüsteten die theaterfreudigen Friedrichshagener zum Ausbruch und deckenbewaffnet erschienen sie auch pünktlich zur Vorstellung. Die Deckenbesitzer bildeten das Stammpublikum, dessen Kreis sich immer mehr vergrößerte, die auch bald ihre besonderen Lieblinge hatten und sich jedesmal erkundigten, ob sie den oder die Betreffende denn heute auch zu sehen kriegten; die Deckenlosen waren die Einzelnäste, die sich aber, wenn sie Gefallen an dem Theaterchen gefunden hatten, immer wieder einfanden, dann aber ebenfalls mit Decke, die man in der abendlichen Kühle sehr gut gebrauchen konnte.

Über 200 Künstler fanden Beschäftigung.

An darstellerischem, tänzerischem, musikausübenden und technischem Personal war es möglich, über 200 Menschen zu beschäftigen; davon 23 Solisten, 16 Tänzerinnen, 70 Choristen und Statisten, dann noch gelegentliches Personal bei Maskenaufführungen, Handwerker und Arbeiter. Alle Dekorationen wurden in eigener Werkstatt, ohne jeglichen Kostenaufwand angefertigt und jeder, der Bezahlung dafür zeigte, ob Theseus oder Spiegelberg, griff mit zu. 66 Proz. der beschäftigten Künstler fanden Anstoß für ein Winterengagement, manch junges Talent wurde entdeckt und machte seinen Weg, andere wieder, die ins Meer der Vergessenheit gesunken waren, konnten wieder eingereiht werden unter die künstlerisch Schaffenden; Verschüttete, die wieder das Sonnenlicht erblickten. Unter den Darstellern waren alle Altersklassen vertreten, der älteste Schauspieler zählte 67 Jahre, der jüngste 19 und gerade diese beiden äußersten Flügelmänner traten stark in den Vordergrund des Interesses. Und wie bei dem Schauspielpersonal alle Jahrgänge vertreten waren, so konnte man bei den sich

mehenden Statisten vom Landstraßenreisenden bis zum Studenten der Theologie allerlei verschiedenartige Menschenkinder kennenlernen. Viel Rot und Elend offenbarte sich da und als sich einer meldete, der unter Mantel und Hofe weder Rock noch Hemd am Leibe hatte, da hieß es schleunigst einpringen und alle machten wieder mit.

Allgemein wurde der Wunsch laut, die Vorstellungen im nächsten Jahre zu wiederholen, außerdem ist eine Fortsetzung des Theaterunternehmens für den Winter in entsprechenden Räumlichkeiten geplant.

Jubiläums-Veranstaltung im Flughafen

Der Berliner Verein für Luftschiffahrt gedenkt in diesen Tagen seiner Gründung, die vor 50 Jahren als Deutscher Verein zur Förderung der Luftschiffahrt erfolgte. Die Organisation widmete sich der Pflege des Ballon- und Rotorflugzeugsports und die großen Verdienste um die Förderung der gesamten Luftschiffahrt, einschließlich der Weiterentwicklung des Benzinluftschiffes, sind der Erfolg dieser Vereinsarbeit. Seit etwa einem Jahrzehnt, als die einzelnen Gebiete der Luftschiffahrt organisatorisch ausgeteilt wurden, beschäftigt sich der Verein nur noch ausschließlich mit dem Ballonsport. Für den Sport und als ausgezeichnetes Hilfsmittel der Atmosphäre wird auch weiterhin der Freiballon in der Luftfahrt seine Bedeutung haben. Am Sonntag, dem 13. September, 15 Uhr, wird der Verein eine Jubiläumsveranstaltung im Zentralflygplatz Tempelhof durchführen. Es steigt zunächst der Freiballon des Reichsmilitärausschusses, geführt von Gerhard Richter, zu einer Verfolgungsjagd durch Auto und Rotorräder auf. Gegen 16 Uhr erfolgt dann der Start zum Ballonwettbewerb um den Wanderpreis des Deutschen Luftfahrtverbandes. Gleichzeitig werden 1000 Brieftauben auf die Reise geschickt.

Die Segelflugzeugvorführungen werden mit ihrem Gummiellauto und Flugzeugschleppstart besonderes Interesse finden. Schließlich wird der deutsche Kunstflugmeister Gerd Uggeliss ein Programm von Schau- und Kunstflugfiguren zeigen.

Berlin - eine arme Stadt Selbst für die Bettler nichts mehr zu holen — Ziffern aus dem Obdach

Das Städtische Obdach, das seine Belegschaftszahlen allmonatlich in den Blättern des Statistischen Amtes der Stadt Berlin veröffentlicht, wartet in diesem Jahre mit überraschenden Ziffern auf. So ist die Zahl der Uebernachtungen ganz erheblich geringer als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Uebernachtungen, die im Januar 1930 noch 111 200 betragen, sind im Juni 1931 auf 21 200 heruntergegangen.

Nach diesen Ziffern mühte also alles in Ordnung sein, die Krise mildert sich fortgesetzt und die Zahl der Obdachlosen geht ständig zurück. Aber diese Zahlen trügen. Denn nach wie vor ist die Not groß, wie jeder Mensch weiß. Die verhältnismäßig niedrigen Belegschaftsziffern des Städtischen Obdachs haben vielmehr verschiedene Ursachen. Einmal ist die Lage in der Reichshauptstadt so schlecht, daß es selbst für den „Berufs“-Bettler nicht mehr viel zu holen gibt. Als die Arbeitslosigkeit im Winter 1929/30 noch nicht so erschreckend hoch war, hatte das Städtische Obdach noch 111 200 Uebernachtungen allein in einem Monat. Der Zustrom von Bettlern nach der schützenden Großstadt war enorm, da man noch immer nicht an verschlossene Tore pochte. Nachdem die Lebenshaltung breiter Bevölkerungsschichten aber so stark gesunken ist, daß sie selbst gerade noch das Leben fristen können, für Bettelmannen also der berühmte Sechser nicht mehr übrig ist, da meiden zusehends die Bettelmannen die Reichshauptstadt. Denn die alten und erfahrenen „Spedjäger“

sind viel zu gewöhnt, als daß sie sich lange in einer Stadt aufhalten, in der nichts zu holen ist. So hatte der Juni 1931 noch ganze 21 200 Uebernachtungen im Städtischen Obdach zu verzeichnen, das sind auf den Tag umgerechnet gerade 700 Uebernachtungen.

Wilde „Pennen“ bevorzugt.

Anderer Momente kommen hinzu: nichts verabscheut der berufsmäßige „Spedjäger“ mehr als den Zwang, den irgendeine Obrigkeit auf ihn ausüben könnte. Schon das Entlaufen seiner Kleidung ist ihm zuwider, das tägliche Bad im Obdach empfinden viele als eine Qual und dann gar erst die polizeiliche Kontrolle. Deshalb meidet er nach Möglichkeit das Städtische Obdach mit seinem geregelten Betrieb und sucht die sogenannten „wildes Pennen“ auf, wo ihn niemand kontrolliert, kein Mensch nach woher und wohin fragt. Dafür zahlt insbesondere der jugendliche Obdachlose lieber ein höheres Schlafgeld, zumal man in einer „wildes Penne“ kommen und gehen kann, wann man will. Und derartige Unterschupfe gibt es gegenwärtig genug in Berlin.

An sich ist die Bettelerei in dieser schweren Zeit der Not größer denn je. Aber im Sommer ziehen die Bettler lieber hinaus aufs Land, wo sie noch eher ein Stück Brot erhalten als in der Stadt. Man darf also nicht annehmen, daß die Belegschaftsziffern des Städtischen Obdachs etwa einen Rückgang des Elends anzeigen.

Hausfrauen, Kinder!

Lanella

GARANTIE-MARGARINE

Glückstüten-Preis

aussschreiben



Rm 50.000
IN BAR
und 40.000
Sachpreise

GRATIS! Holen Sie die Glückstüten bei Ihrem Kaufmann

Wie steht es um Curtius?

Läßt ihn das Zentrum fallen? — Brüning's Verantwortung.

Daß der tägliche Ausgang des Zollunionsabenteuers die Stellung des Außenministers Dr. Curtius nicht gerade stärken würde, war vorauszusehen. Die Rechtsparteien, die ihn zunächst auf diese gefährliche Bahn getrieben hatten — eben, weil sie genau wußten, daß die Affäre schief ausgehen würde — haben einen förmlichen Mißtrauensantrag gegen ihn angekündigt, über den in einer der ersten Sitzungen des Reichstags im Oktober entschieden werden soll. Nun scheint die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion ebenfalls entschlossen, Curtius zu Fall zu bringen. Es geht ihr offenbar vor allem darum, ihren letzten Minister aus dem Kabinett zu entfernen, um wieder volle Bewegungsfreiheit gegenüber dem Reichskabinett zu erlangen und, frei von jeder personellen Bindung, den agitatorischen Wettbewerb mit Hugenberg und Hitler aufnehmen zu können.

Bisher hat der Reichkanzler Brüning, und mit ihm der Reichspräsident, Dr. Curtius gehalten, weil er offenbar befürchtete, daß die an sich schmale und unsichere Basis der jetzigen Regierung bei einem Ausscheiden des letzten volksparteilichen Ministers unhaltbar werden könnte. Die Haltung der Dingeldey-Fraktion bringt jedoch die Gefahr mit sich, daß sich eine Mehrheit, bestehend aus sämtlichen Rechtsparteien, einschließlich der Volkspartei und den Kommunisten, zusammenfindet, um dem Mißtrauensantrag im Reichstag zum Siege zu verhelfen.

Es scheint, daß diese Erwägung nicht ohne Einfluß auf die Haltung des Zentrums gegenüber Curtius geblieben ist. Ein Artikel der „Germania“ stellt zunächst rein referierend die Tatsache fest, daß sich die Front gegen den Reichsaußenminister neuerdings erweitert hat und daß sie anscheinend nunmehr sogar seine eigene Partei umfaßt. Sodann heißt es:

„Das ist die Situation, über die zu berichten zur Chronikpflicht gehört. Auch Herr Dr. Curtius wird sich, wenn er die Dinge überdenkt, nicht darüber hinwegtäuschen können, wie es wirklich um ihn steht.“

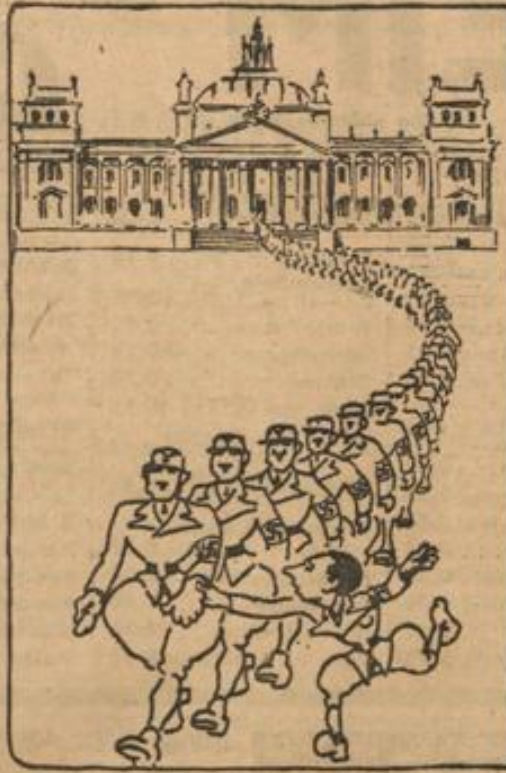
Es ist unvermeidlich, daß ein solcher Ausspruch in dem Organ, das allgemein in Deutschland und in der Welt als Sprachrohr Dr. Brüning's gilt, starkes Aufsehen erregen wird. Die Schlussfolgerung liegt nahe, daß sich der Reichkanzler ansieht, Dr. Curtius fallen zu lassen, um einer parlamentarischen Niederlage zu entgehen. Ueberall wird diese Äußerung der „Germania“ als das Totenglocklein für den gegenwärtigen Reichsaußenminister empfunden werden. Seltsame Anspielungen, die man gestern von zuständigen Stellen über eine mögliche Hinausschiebung des französischen Ministerbesuches vernahm — nachdem man noch tags zuvor aus Genf halbamtlich versichert hatte, daß es beim 26. September bleibe —, führen gleichfalls zu der unvermeidlichen Schlussfolgerung, daß die Beratungen der volksparteilichen Reichstagsfraktion sich schon jetzt gegen Dr. Curtius auszuwirken beginnen.

Auch das führende Organ des Zentrums, die „Königliche Volkszeitung“, nimmt jetzt zu dem Problem Curtius Stellung, freilich in viel nuancierter Form als die Berliner „Germania“:

„Ueber die Schwierigkeiten auf dem Wege nach Paris, die in einer Weise aus der Welt geschafft werden müssen, daß sie nicht neue Bindungen für Deutschland bedeuten, machen wir uns keine Illusionen. Wir kennen sie und trotzdem sagen wir „Ja“ zu diesem Wege, der von der Reichsregierung durch den Besuch in Paris und die Londoner Konferenz eingeleitet worden ist. Dieser Weg muß weiter verfolgt werden, wenn er zunächst auch nur ein gegenseitiges Ringen um Vertrauen und Verständnis füreinander ist. In diesem Augenblick den Außenminister zu beseitigen, der mit der Regierung zusammen diese Politik der direkten Führung unter den Staatsmännern eingeleitet hat, und ihn durch einen Mann der sagenhaften „neuen Politik“ der Rechtsopposition zu ersetzen, würde an politischen Wahnsinn grenzen. Man braucht sich, indem man dieses ausspricht, durchaus nicht auf die Person von Curtius festlegen, denn Personen sind schließlich austauschbar. Um so mehr kommt es aber auf die Linie an. Aber da der Ansturm gegen Curtius sich nicht nur gegen seine Person, sondern vor allem gegen die Linie der Außenpolitik richtet, die einen die deutschen Interessen währenden Ausgleich mit Frankreich anstrebt, sollen in dieser Stunde der Völkerverversammlung und des bevorstehenden französischen Besuches in Berlin bei Curtius Person und politische Linie zusammen. Eher könnte man schon daran denken, die Bürokratie des Auswärtigen Amtes schärfer unter die Lupe zu nehmen.“

Wir können den Ausführungen der „Königlichen Volkszeitung“ nur zustimmen, insbesondere ihrer Warnung vor dem „politischen Wahnsinn“ eines außerpolitischen Kurswechsels. Auch wir halten mit der „Königlichen Volkszeitung“ die Person des Außenministers für „austauschbar“. Wir haben übrigens gegen die Betätigung von Dr. Curtius wiederholt erheblich stärkere Bedenken geäußert als die Zentrumspresse. Unsere bisherige Zurückhaltung in der Debatte, die nach dem Zusammenbruch des Zollunionsplanes eingeleitet hat, entsprang vor allem der Auffassung, daß es nicht angehe, mitten während der Genfer Verhandlungen den Rücktritt des deutschen Delegationsführers in aller Breite zu diskutieren. Da nun aber durch den Vorstoß der „Germania“ und durch die Anspielungen der „Königlichen Volkszeitung“ die Angelegenheit offensichtlich in ein kritisches Stadium getreten ist, müssen wir mit aller Schärfe betonen, daß der weitere Kurs der auswärtigen Politik für die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Reichskabinett von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. In ihrem jüngsten Beschlusse hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit voller Absicht die Notwendigkeit einer aktiven und unambivalenten Verständigungspolitik, insbesondere mit Frankreich, an die Spitze ihrer Forderungen gestellt. Sie ist der Ueberzeugung, daß alle finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen zur Bekämpfung und Ueberwindung der Krise umsonst wären, wenn die Reichsregierung auf außenpolitischem Gebiete auch nur die geringsten Konzessionen an nationalistische Gedankengänge machen würde. Diese Auffassung dürfte Dr. Brüning nach den Erfahrungen der letzten Monate teilen. Läßt er Dr. Curtius fallen, was möglicherweise unvermeidlich wird, dann trägt er die Verantwortung für alles, was daraus folgt. Er ist es, auf dessen Vorschlag der Reichspräsident die Minister ernannt. Ein etwaiger Nachfolger Dr. Curtius, der noch weiter rechts stehen würde als der jetzige Chef des Auswärtigen Amtes, wäre für die Sozialdemokratie indiskutabel. Es kann nur ein Mann in Frage kommen, der die absolute Gewähr dafür bietet, daß er ohne Schwanken den Kurs der Verständigungspolitik Stresemanns wieder aufnimmt, von dem Dr. Curtius zuweilen abzuweichen geneigt schien.

Charaktervolle Opposition.



„Raus aus die Kartoffeln!“



„Run in die Kartoffeln!“

Verbesserung der Notverordnung.

Sozialdemokratischer Erfolg im Kampf gegen die Härten der Verordnung vom 5. Juni.

Die Notverordnung vom 5. Juni hat die stärksten Verschlechterungen für die Arbeitslosen und die Kriegsbeschädigten sowie einen gefährlichen Eingriff in das Tarifrecht der öffentlichen Arbeiter und Angestellten gebracht. Die Sozialdemokratie hat diese Bestimmungen immer auf das heftigste bekämpft. Sie nahm am 16. Juni von der Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstags Abstand, nachdem Reichkanzler Dr. Brüning sich bereit erklärte, in direkten Verhandlungen über eine Beseitigung der schlimmsten Härten der Notverordnung zu beraten. Allerdings ist dabei von vornherein die Einschränkung gemacht worden, daß die Änderungen das finanzielle Gesamtergebnis der Notverordnung nicht gefährden dürften.

Zu Ausführung dieser Zusage der Reichsregierung sind die bereits im Juli begonnenen, durch die schwere Kreditkrise wochenlang unterbrochenen Verhandlungen jetzt zu einem positiven Abschluß gebracht worden.

Wenn auch durch die inzwischen erfolgte Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse die Verhandlungen sich außerordentlich schwierig gestaltet und jede Änderung erheblichem Widerstand begegnete, so kann doch gesagt werden, daß die Reichsregierung eingedenk ihrer früheren Zusage bestrebt war, die schlimmsten Mißstände zu beseitigen und durch ihre Abänderung darzutun, daß dem verletzten Rechts- und Sozialempfinden soweit als möglich Rechnung getragen werden solle.

Es ist anzunehmen, daß die von der Reichsregierung zugesagten Verbesserungen in kurzer Zeit durch eine neue Notverordnung in Kraft gesetzt werden. Dieser Weg erweist sich als zweckmäßig, weil er schneller ist als jeder andere und weil damit die Gefahr des Scheiterns der Abänderungen infolge der parlamentarischen Mehrheitverhältnisse von vornherein ausgeschlossen ist.

Bei diesen Änderungen dürfen die Verbesserungen für die Arbeitslosen und die Kriegsbeschädigten im Vordergrund stehen.

Daß das Unrecht an den jugendlichen Erwerbslosen unter 21 Jahren wieder gutgemacht werden muß, hat man bereits im Juli eingesehen. Die damals auf dem Verwaltungswege angeordnete Verbesserung dürfte jetzt als Dauerregelung anerkannt werden. Schwere Eingriffe hatte die Notverordnung auch bei der Berechnungsdauer für das Arbeitsentgelt, nach dem die Höhe der Unterstützung bemessen wird, geschaffen. Die von allen Arbeitnehmern erhobene Forderung, daß die Unterstützung nicht nach dem Arbeitslohn der letzten 13 Wochen, sondern wie früher nach dem der letzten 26 Wochen berechnet werden muß, wird erfüllt werden. Auch wird bei Kurzarbeitern die Unterstützung wieder von der Vollarbeitszeit berechnet.

Besonders wichtig ist, daß die Saisonarbeiter, die nach der Juli-Notverordnung für das ganze Jahr nur die Sätze der Krisenfürsorge erhalten sollten, künftig die Sätze der Krisenfürsorge nur für die Dauer der berufsmäßigen Arbeitslosigkeit beziehen; in der übrigen Zeit aber haben sie Anspruch auf die vollen Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung.

Die unerträgliche Ausnahmestellung der Saisonarbeiter ist damit in einem wichtigen Punkt beseitigt.

Mit großer Befriedigung dürfte auch überall aufgenommen werden, daß die Heimarbeiter im kommenden Winter ihre Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung behalten. Die Reichsregierung hat den typischen Heimarbeitergehenden des Thüringer Waldes, des Frankenwaldes und des Erzgebirges haben also ihre Wirkung nicht verfehlt. Auch soll die Rückstellungspflicht der Unterstützung in der Krisenfürsorge und die Bestimmung, daß das Arbeitsamt einen Teil der Unterstützung (Miete) direkt an den Hauswirt auszahlen kann, aufgehoben werden. Die verschärften Vorschriften über die Sperrstrafen werden gemildert.

Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt endlich eingesehen, daß die von der Sozialdemokratie bereits im Dezember 1930 in einem Sebesentwurf verlangte

Zusammenlegung der Krisenfürsorge und der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge zu einer Reichsarbeitslosenversicherung erfolgen muß und daß das Reich sich an den Kosten stärker zu beteiligen hat als bisher.

Voraussetzlich ist das Reich bereit, sich mit 60 Proz. an den Kosten zu beteiligen, wodurch eine Erleichterung für die Gemeinden und eine Mehrbelastung des Reichs von 360 Millionen Mark eintreten würde. Im Laufe dieser Woche sollen diese Fragen mit den Organisationen der Gemeinden und den Gewerkschaften weiter geklärt werden.

Auch die Eingriffe bei den Kriegsbeschädigten sollen eine Milderung erfahren. Die Anrechnung der Renten von denjenigen Kriegsbeschädigten, deren Besoldung aus öffentlichen Mitteln erfolgt (Beamte), wird künftig statt der schematischen Form durch eine individuelle Regelung ersetzt, bei der Familienstand und Schwere der Beschädigung durch entsprechende Freigrenze berücksichtigt werden. Für die Kriegsbeschädigten, die arbeitslos sind, tritt auch eine Verbesserung ein. Der anrechnungsfreie Betrag soll bei Schwerbeschädigten auf 25 Mark erhöht werden. Auch bei Leichtbeschädigten wird eine Milderung eintreten. Ueberhaupt hat man sich davon überzeugt, daß die Drosselung der Kriegsbeschädigtenbezüge bei Zusatzrenten usw. gelodert werden muß. Eine dementsprechende Verwaltungsanordnung ist bereits ergangen.

Ob und inwieweit auf anderen Gebieten Erleichterungen eintreten, ist noch Gegenstand der Erörterung. Dabei handelt es sich um die Aufhebung der Kürzung der Altersbezüge der Arbeiter und Angestellten im Reichsdienst und der Reichspost, der Beseitigung von Härten bei der Einkommensteuer, der Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer und um die Herabsetzung des Höchstpreises für Zucker zum Ausgleich für die Erhöhung der Zuckersteuer, die im Juni eingetreten ist.

Für die Kreise der Arbeitslosen und der Kriegsbeschädigten, denen die oben erwähnten Milderungen zugute kommen und für die Wohlfahrtsdienstleistungen, deren Geldunterstützungen durch die Finanzschwierigkeiten der Gemeinden bedroht sind, sind das gewiß sehr beträchtliche Zugeständnisse.

Ihr materielles Ausmaß ist schwer zu beziffern. Es dürfte aber kaum hinter 80 bis 100 Millionen zurückbleiben, dem Betrage, den das Reich erspart, weil die ursprünglich in Aussicht genommenen Subventionen an die Industrie nicht ausgezahlt werden. Aber so groß diese Zugeständnisse auch sein mögen, so sind sie natürlich bei der ungeheuren Kollage weitaus der Kreise des Volkes doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Nach wie vor muß alles daran gesetzt werden, die Wirtschaftskrise durch planmäßige Gestaltung des ganzen Wirtschaftslebens zu mildern und die Zahl der Arbeitslosen herabzubringen, damit wieder größere volkswirtschaftliche Werte erzeugt werden können und auf diese Weise das Dasein des ganzen Volkes verbessert wird.

Kapitulation vor dem Hakenkreuz.

Umfall der Bürgerlichen in Braunschweig.

Braunschweig, 10. September. (Eigenbericht.)

Die Abgeordneten der bürgerlichen Einheitsliste haben am Donnerstag beschlossen, nun doch den von den Nationalsozialisten präsentierten Ministerkandidaten Klages zu wählen, obwohl sie erst am Dienstag einstimmig beschlossen hatten, auf keinen Fall einem Nationalsozialisten ihre Stimme zu geben. Das Bürgerturn weicht also wieder einmal vor den Nazis zurück. Die Ministerwahl soll am 15. September stattfinden.

Uniformverbot für die heftische NSDAP. Die heftische Regierung hat im Hinblick auf die Vorgänge bei der Beilegung des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Gemeinder in Darmstadt das Uniformverbot für die Nationalsozialistische Partei und ihre Unterorganisationen erlassen.

Zwecklegende der Ruhrdemagogen

Wie man Feststellungen des Konjunkturinstituts nach Bedarf mißbraucht.

Die Schwerindustrie entfaltet zur Zeit durch ihr Organ, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, eine rege Propaganda für die Schuldenabwertung. Den Auftakt hierfür bildete ein Artikel „Schuldenabwertung Erhaltung des Produktionsvermögens“, in dem ein Schuldennachlaß durch die Banken gefordert wurde. Obwohl alle verantwortungsvollen Unternehmer diesen allgemeinen Zwangsvergleich mit Entschiedenheit zurückweisen, legt die „Bergwerkszeitung“ unentwegt die Stimmungsmache für den Schuldennachlaß fort.

Wenn auch die Schwerindustrie dieser Forderung eine „volkswirtschaftliche“ Begründung zu geben versucht und den Schuldennachlaß als einzigen Ausweg aus der Krise empfiehlt, so sind die wirklichen Motive doch allzu durchsichtig. Die Schwerindustrie hat sich in den vergangenen Jahren übermäßig verschuldet, hat ihre Anlagen weit über die Absatzmöglichkeiten hinaus ausgedehnt, mit fremden Mitteln große Fehlinvestitionen vorgenommen, kaufmännisch fehlerhaft (Erzverträge), ist heute weit überkapitalisiert und kann trotz der Hochhaltung und Uberteuering der inländischen Preise angemessene Erträge nicht mehr herauswirtschaften. Ende 1930 betrug die lang- und kurzfristige Verschuldung der Schwerindustrie (der kombinierten Eisen- und Bergbaukonzerne) mehr als 1,4 Milliarden Mark. Daneben verlangt ein Eigenkapital in fast gleicher Höhe Dividende. Bei der Schwerindustrie lagern gegenwärtig Vorräte in Höhe von mindestens einer halben Milliarden Mark.

Wir — und auch andere — haben immer wieder betont, daß eine Gesundung der Eisenwirtschaft nur durch eine starke Herabsetzung der Inlandpreise, die heute noch immer rund 70 Proz. über den Weltmarktpreisen liegen, und durch eine starke Kapitalzusammenlegung (d. h. selbstverständlich eine Zusammenlegung des Eigenkapitals) erfolgen kann, die nach den gewaltigen Fehlinvestitionen unerlässlich und unaufschiebbar ist. Den Herren Hild, Thyssen, Bögl, Silberberg, Klötner, Reusch,

Krupp usw. paßt das natürlich nicht, und sie möchten nach dem Prinzip, uns die Gewinne, dem Volk die Pleite, statt dessen durch eine Schuldenabwertung die Verluste von den Banken und den sonstigen Geldgebern tragen lassen.

Die „Bergwerkszeitung“ besitzt nun die Kühnheit, das Institut für Konjunkturforschung für diese famose Schuldenabwertungs-idee zu reklamieren und behauptet, daß das Institut die Grundgedanken ihrer Schuldenabwertungsforderungen bestätigt habe! Es wäre natürlich auf das schärfste zu mißbilligen, wenn diese Stelle sich zum Schrittmacher derartiger verantwortungsloser Projekte machen würde, die von einem maßlos vermögenschwachen Industriezweig lanciert werden. Das Konjunkturinstitut denkt aber selbstverständlich gar nicht daran, sich für Schuldenabwertung einzusetzen. In dem letzten Konjunkturbericht heißt die betreffende Stelle, auf die sich die „Bergwerkszeitung“ beruft:

„Durch den fortschreitenden Wertschwund der Güter bei steigenden Zinssätzen wächst das Mißverhältnis von Glaubigeransprüchen und Leistungsmöglichkeit der Schuldner. Den Ueberinvestitionen in der Welt, die zur Krise führten, muß eine radikale Kapitalabreibung folgen. Je rascher und zeitlich komprimierter sie erfolgt, um so eher und gründlicher wird der Weg für eine neue wirtschaftliche Aufschwungsperiode freigelegt werden.“

Das Institut für Konjunkturforschung verlangt also Kapitalabreibungen, d. h. Zusammenlegung des Eigenkapitals, das in der bisherigen Höhe keine Verzinsung mehr abwerfen kann, in allen durch Fehlinvestitionen überkapitalisierten Wirtschaftszweigen, und zwar rasch und gründlich, wie wir es unentwegt vertreten haben. Diese absolut eindeutige Forderung auf radikale Abreibung des Eigenkapitals nimmt die „Deutsche Bergwerkszeitung“ als Unterstützung ihrer skandalösen Schuldenabwertungspläne in Anspruch. Ein Meisterstück der Verdrehung, das wir hiermit tieferhängen!

Die Kontrolle der Bausparkassen.

Die Voraussetzungen einer wirksamen Staatsaufsicht.

Am 1. Oktober beginnt die Beaufsichtigung der privaten Bausparkassen durch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung. Bausparkassen, die am 31. Dezember 1929 zum geschäftsmäßigen Betrieb von Depot- und Depostengeschäften berechtigt gewesen sind, bedürfen keiner besonderen Erlaubnis. Die übrigen privaten Bausparkassen müssen eine ausdrückliche staatliche Konzeption einholen. Seit einem halben Jahr ist die gesetzliche Regelung beschlossen. Gerade in dieser Zeit sind die Bausparkassen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Kurz vor Toresschlus stehen jetzt noch täglich neue Bausparkassen.

Schätzungsweise 350 neue Bausparkgründungen mit rund 250 000 Bausparern werden der Staatsaufsicht zu unterstellen sein.

Leider sind die Bestimmungen des neuen Versicherungsaufsichtsgesetzes über die Sparkassen im Hinblick auf einen wirksamen Sparschutz mehr als ungenügend. Sie reichen um so weniger aus, als hier ein wahrer Augiasstall zu säubern ist. Der Vorsitzende des Wohnungsausschusses des preussischen Landtages, Geheimrat Bonstedt, der das Bausparkassenwesen durch den praktischen Anschauungsunterricht seiner engen Beziehungen zu dem zusammengebrochenen Devoheim-Konzern kennt, stellte vor wenigen Monaten fest, daß er 180 Institute von den ihm bekannten 210 Bausparkassen als betrügerisch oder dilettantisch bezeichnen müsse. Höchstens zehn, wahrscheinlich noch nicht sechs Kassen seien so aufgebaut, daß man sie als seriös und empfehlenswert bezeichnen könne. Von 31 Bausparkassen steht nach Feststellungen in Fachkreisen einwandfrei fest, daß ihre Leiter Gefängnisstrafen wegen betrügerischen Bankrotts hinter sich haben, oder bereits den Offenbarungseid leisten mußten.

In der jetzigen Situation, in der die letzten Spargroschen der Bausparner auf dem Spiel stehen, kann die staatliche Aufsicht sich nicht darauf beschränken, Kartotheken und Archive anzulegen, und die Entscheidungen über die Zulassung des Geschäftsbetriebes der Bausparkassen dem gemächlichen Trost des Verwaltungsweges überlassen. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung muß endlich in Ergänzung der ungenügenden Bausparparagrafen des neuen Versicherungsaufsichtsgesetzes

weitgehende Vollmachten

erhalten, die ihm schnelle Maßnahmen ohne Inanspruchnahme eines langwierigen Instanzenzuges ermöglichen. Zu den ersten Voraussetzungen einer Vereinigung der allmählich untraglichen Zustände in der Bausparkassenbewegung gehören:

1. Sofortiges Verbot des Geschäftsbetriebes bei Bausparkassen, deren Leiter auf Grund ihrer Vergangenheit keine Gewähr dafür bieten, daß die Bauspargelder unangefastet bleiben.
2. Strengste Trennung des Sparvermögens von dem „lohnlosen“ Vermögen der Bausparkunternehmungen. Hierher gehört ein Verbot der Hereinnahme fremder Mittel durch Verpfändung der Hypothekenbriefe und Bestimmungen darüber, daß die flüssigen Mittel nur bei sicheren Banken und keineswegs in Krediten an befreundete Unternehmungen angelegt werden dürfen.
3. Untersuchung bausparkassenfremder Geschäfte (Hypothekendarlehen an Wohlhabendsten, Kirchen, Bauunternehmungen und Baugesellschaften; Verträge zur Entschuldung landwirtschaftlicher Güter usw.).
4. Verbot festbestimmter Darlehenszusagen, die kein Bausparkassenleiter mit gutem Gewissen machen kann, da sie eine Benachteiligung der übrigen Bausparner bedeuten und bei dem unsicheren Eingang an Geldern zu Zahlungsschwierigkeiten führen.
5. Ermächtigung des Aufsichtsrates, die weitere Verbreitung von Druckschriften und Werbematerialien mit unwarren Angaben über die Wartezeiten bis zur Darlehensauszahlung, die Sicherheit der Spareinlagen und weitere Fragen zu untersagen.
6. Anordnung umgehender Betriebsprüfungen bei

gefährdeten Kassen durch Revisionsgesellschaften, die unter maßgeblichem Einfluß staatlicher Stellen stehen.

Die privaten Bausparkassen bemühen sich seit Monaten, den beim Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung zu bildenden Beirat für Bausparkassen in erster Linie mit ihren eigenen Vertretern zu besetzen. Ihr Wunsch ist, sich möglichst selbst zu kontrollieren. Hier muß nachdrücklich gefordert werden, daß der Bausparkassenbeirat in seiner Mehrheit aus Sachverständigen der Gewerkschaften, die berufenen Vertreter der Sparerschlachten, und Personen aus der öffentlichen Wirtschaft zusammengefaßt wird.

Nur durch schnelles Handeln können die größten Mißstände beseitigt werden. Nach den vielen Verjämnissen der letzten Jahre hat der Staat allen Anlaß, sich gegen Vorwürfe zu sichern, daß er in der jetzigen offenen Krise des Bausparkassenwesens, die den gekünderten Gedanken des Sparsens für Eigenheime zu zerflören droht, irgendetwas, was dem Schutze der Bausparner dienen könnte, unterlassen habe.

Berliner Konjum im August.

Krise verstärkt den Willen zur Selbsthilfe.

Trotz der die Massen bedrückenden Wirtschaftskrise blieb bei der Wirtschaftsorganisation der Berliner Verbraucherschaft, der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgebung, der Mitgliederzugang auch im August beträchtlich. Es haben wieder 1499 Haushaltungen ihren Eintritt in die Berliner Verbrauchergemeinschaft erklärt. Eine neu eröffnete Lebensmittelabgabestelle erbrachte innerhalb von reichlich zwei Wochen 219 Neuzusamnahmen.

Der Gesamtumsatz betrug im August 5 741 587 Mk.; für die beiden ersten Monate des 33. Geschäftsjahres (Juli/August 1931) ergibt sich ein Umsatz von 12 088 548 Mk. Die Warenhausabteilung der Genossenschaft verzeichnete im August gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Steigerung des Umsatzes um 26,2 Proz.

Die der Sparkasse der Genossenschaft anvertrauten Spareinlagen der Mitglieder wiesen am Monatsende einen Bestand von 44 178 350 Mk. auf; Einzahlungen auf Sparkonto waren in Höhe von 602 739 Mk. zu verzeichnen. Durch Eröffnung zweier Abgabestellen in Spandau-Hafelhorst, Hafelhorster Damm 3/5, erhöhte sich die Zahl der konsumgenossenschaftlichen Lebensmittelabgabestellen auf 288; die Zahl der Spezial-Fleischabgabestellen stieg auf 87.

Landbund für Inflationsmethoden.

Brotscheine statt Bartlohn.

Das Andenken an die selige Helierrichige Roggenwährung treibt noch immer seine Blüten in den Landbundsäckeln. In Schleswig-Holstein und in einigen Teilen der Provinz Brandenburg macht der Landbund dafür Stimmung, daß die Landarbeiter sich damit einverstanden erklären sollen, daß ihnen anstatt des Bartlohnes sogenannte Brotscheine gegeben werden. Die Gewerbetreibenden sollen sich verpflichten, die Brotscheine für Waren in Zahlung zu nehmen. Als Garantie soll von den Landwirten Roggen im Werte der ausgegebenen Brotscheine bereitgestellt werden. Die augenblickliche Lage der Landwirtschaft mache es unmöglich, die für die Lohnzahlungen notwendigen Gelder herbeizuschaffen.

Solche „Pläne“ müssen mit Entschiedenheit bekämpft werden. Die Landarbeiter würden bei ihrem Wareneinkauf an bestimmte Geschäfte gebunden und müßten damit rechnen, auf längere Zeit ohne Bargeld zu sein. Die Gewerbetreibenden müßten längere Zeit auf die Bezahlung der verkauften Waren warten. Beide Gruppen

wären die Betroffenen. Endlich besteht die Gefahr, daß diese Methoden von anderen Berufszweigen nachgeahmt werden. Im ganzen handelt es sich um bornierte Inflationsmethoden, denn die Bereitstellung von Roggen ändert an der Zufälligkeit des „Brotgeldes“ nichts. Ob Landarbeiter oder Kaufmann: wer solches „Geld“ anerkennt, der betrügt sich selbst. Uebrigens hat der Staatsanwalt sofort eingzugreifen, wenn die Durchführung des Planes versucht wird.

Der Wirtschaftsreferendar.

Ein Plan, der Förderung verdient.

Im Preussischen Kultusministerium wird bald eine Besprechung stattfinden, die sich mit dem Plan eines Wirtschaftsreferendariats beschäftigen soll. Die Ermögungen, die diesem Plan zugrunde liegen, sind etwa folgende: Unsere ganze Verwaltung ist aus traditionellen Gründen stark auf das juristische Beamtenumfeld eingestellt, und umgekehrt hat der Staat dafür gesorgt, daß auch das juristische Studium auf die Bedürfnisse des Staatsdienstes eingestellt wird. Dies geschieht nicht bloß bei der theoretischen Ausbildung der Juristen, sondern vor allem dadurch, daß der theoretischen Ausbildung eine praktische Volontariatätigkeit im öffentlichen Dienst folgt, das Referendariat, das seinen Abschluß im Assessorenexamen findet.

Mit der Entwicklung des modernen Staates wurde die einseitige Begünstigung der Juristen bedenklich. Die heutige Beamtenausbildung stammt noch aus der Zeit des bloßen Rechts- und Verwaltungstaates. Der Staat wird seine Funktionen, die ihm durch die moderne soziale und wirtschaftliche Entwicklung in immer höherem Maße auferlegt, besser ausfüllen, wenn er sich wesentlich mehr als bisher auf volkswirtschaftlich gut ausgebildete Beamte zu stützen vermag. Deshalb muß dafür gesorgt werden, daß das volkswirtschaftliche Studium in gleicher Weise vervollständigt wird wie das juristische, daß also der theoretischen Ausbildung auf der Hochschule eine praktische Volontariatätigkeit, also ein Wirtschaftsreferendariat, folgt.

Man wird diesem Plan um so mehr Sympathie entgegenbringen können, je mehr man davon überzeugt ist, daß der Weg der Entwicklung über eine immer stärkere Durchstaatlichung der Wirtschaft geht. Besonders die letzten Monate haben dieser Auffassung die stärksten Stützen gegeben. Niemals ist die Notwendigkeit der stärkeren Ueberwachung und Regulierung der Wirtschaft durch den Staat deutlicher sichtbar geworden als in den letzten Monaten der schärfsten Wirtschafts- und Kreditkrise. In diese Aufgabe muß der Staat aber nicht nur gesetzgebend, sondern auch verwaltungsmäßig und personell hineinwachsen. Dem kommt der Plan wirksam entgegen. Eine andere Frage ist, wie weit man die praktische Ausbildung der volkswirtschaftlichen Studenten erstreckt. Starke Bestrebungen wollen einen großen Teil der praktischen Ausbildung in die privaten Großbetriebe, die kapitalistischen Monoporganismen und die Handelskammern verlegen. Es wäre bedenklich, wenn alle volkswirtschaftlichen Studenten, vor allem diejenigen, die später im öffentlichen Dienst wirken sollen, einer systematischen Beeinflussung durch die Organe der kapitalistischen Privatwirtschaft ausgesetzt würden. Es gibt neben den öffentlichen Verwaltungszweigen in Reich, Ländern und Kommunen, soweit sie für die praktische Ausbildung von Volkswirten geeignet sind, so viele öffentliche Wirtschaftsbetriebe in Industrie und Bergbau, Verkehr und Bankwesen, daß für den Aufbau eines Wirtschaftsreferendariats auf rein öffentlicher Grundlage genügend Spielraum vorhanden wäre.

Schließlich sei bemerkt, daß wir es für eine seltsame Auffassung von Demokratie halten würden, wenn bei den Beratungen über diese wichtige Frage die Vertreter der organisierten Arbeiterchaft wieder ebenso übergegangen würden wie seinerzeit bei den Beratungen über die Ausbildung der Wirtschaftsprüfer.

Das Magazin der Wirtschaft.

Einstellung des Erscheinens nach Ueberschuldung des Herausgebers.

Eine Berliner Korrespondenz meldet: Das „Magazin der Wirtschaft“, dessen Herausgeber Rafael Bernfeld ist, hat jetzt sein Erscheinen endgültig eingestellt. Grund der Einstellung ist die starke Ueberschuldung des Herausgebers, der die Zeitschrift erst im Oktober 1929 übernommen hat und seit dieser Zeit bei den verschiedensten Großbanken und sonstigen Bankinstituten Kredite aufgenommen hat. So soll an dem Unternehmen die Domänenbetriebs G. m. b. H., eine Tochtergesellschaft der Deutschen Pächterkreditbank, mit 165 000 Mk. engagiert sein. Die Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M., schuldet der Verlag bzw. der Herausgeber über 100 000 Mk. Von der Danabank übernahm er von dem Vorbesitzer und Gründer des Magazins, Leopold Schwarzschild, einen Kredit von 58 000 Mk., der sich inzwischen auf 150 000 Mk. erhöht hat. Von der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft erhielt er einen Kredit von 50 000 Mk., von der Dresdner Bank einen solchen von 20 000 Mk. und von der Commerz- und Privatbank einen solchen in Höhe von 15 000 Mk. Außerdem sind mehrere Privatpersonen beteiligt, darunter ein Redakteur der Zeitschrift, der in das Unternehmen den größten Teil seines eigenen Vermögens und das seiner Familie hineingesteckt hat. Die verschiedenen Gläubiger sollen von den anderweitigen Schulden des Unternehmers keine Kenntnis gehabt haben. Der Herausgeber und Chefredakteur des Unternehmens, Bernfeld, wurde vor kurzem wegen seines Verhaltens sowohl aus dem Reichsverband der deutschen Presse als auch aus dem Vereinigung Berliner Handelsredakteure ausgeschlossen.

Rückgang des englischen Außenhandels.

Augustexport gegen Vorjahr 40 Prozent geringer.

Der englische Außenhandel im Monat August läßt erkennen, daß die Besserung im Juli nur vorübergehender Natur war. Die Ausfuhr ging um nahezu 15 Proz. auf 29,1 Millionen Pfund oder 582 Millionen Mark zurück und liegt damit um rund 40 Proz. unter den Exportzahlen vom August vorigen Jahres.

Nicht ganz so steil, aber doch beträchtlich, sank auch die Einfuhr nach Großbritannien. Gegenüber dem Juli ist im Berichtsmonat ein Rückgang von 7 Proz. auf 65,2 Millionen Pfund, gleich 1,3 Milliarden Mark, eingetreten und gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres ein Ausfall von fast 19 Proz.

Rudolf Eims:

Wellenschlag im Tintenglas

Autos und Straßenbahnen ratterten durch die breite Frankfurter Geschäftsstraße. Auf den Bürgersteigen hasteten Menschen durch den schmalen Mittag. Blühlich überlachten gellende Schreie den Lärm des Verkehrs. „Einbrecher! . . . Hölle!“ schrie ein bestig gestikulierendes Mädchen aus dem Fenster im ersten Stock eines Bürohauses. Der Schupo an der Ecke begann zu laufen. Vor der Tür, in der er verschwand, sammelte sich bald eine neugierige Menge.

„Ein Raubüberfall bei Ebermeyer, Lederwaren-Vertrieb. . . Der Täter ist entkommen. . . Jawohl, Herr Kommissar“, rief der Schupo in das Telefon, legte den Hörer hin und trat zu der jungen Kontoristin, die vor dem ohnmächtig am Boden liegenden Bürolehrling kniete und ihm ein nasses Taschentuch auf die Stirn legte. Wachtmeister Kalkweit öffnete dem Jungen Krage und Hand, trug ihn in das Zimmer des Chefs und bettete ihn auf das Ledersofa.

Das Büro bot das Bild eines wüsten Durcheinanders. Aufgerissene und durchwühlte Schubladen, Akten und Papiere am Boden verstreut. Umgestürzte Stühle. Auf dem Schreibtisch lag eine stählerne Geldkassette. Die Gardine des großen Fensters war heruntergerissen, der geöffnete Flügel und das darunterliegende gerade Dach einer Autogarage ließen den Fluchtweg des bei der Arbeit gestörten Einbrechers ahnen.

Eine Viertelstunde später erschien der Kommissar Märker, ein mittelgroßer, schlichtgekleideter Mann von etwa vierzig Jahren. Man sah ihm den Kriminallisten nicht im geringsten an, er machte viel eher den Eindruck eines kleinen, subalternen Beamten. Prüfend überprüfte er die Situation und begab sich in das Zimmer des Chefs, der am Vormittag eine Geschäftsreise angetreten hatte.

„Ich fand den Lehrling Siebenhaar langgestreckt am Boden liegen“, wandte sich sofort die Kontoristin an den Kommissar. „In einer tiefen Ohnmacht“, betonte sie und deutete auf den Lehrling, der, wieder bei Bewußtsein, bloß und verfürzt in der Sofaecke lehnte.

Kommissar Märker stemmte die Hände in die Hüften und fragte Siebenhaar: „Wo war die Sache?“

„Als ich vom Mittagessen zurückkam, fand ich die Tür schon aufgeschlossen und ich sah einen fremden Mann mit der Geldkassette in der Hand im Büro stehen. Ich wollte . . .“, stotterte Siebenhaar und verschluckte sich. „Wollte schreien. . . Da lief er auf mich zu, stieß mich gegen den Schreibtisch. Holts Maul, rief er, schlug mir auf den Kopf und . . . weiter weiß ich nichts.“

„Wie sah der Mann aus?“ forschte Märker weiter.

„Wie er aussah?“ wiederholte der kleine, schwächliche Burche gedehnt, begann sich sekundenlang und erklärte dann bestimmt: „Er war groß und kräftig, hatte schwarzes, nach hinten gekämmtes Haar, trug einen hübschestreifen Sommeranzug und hatte eine breite Narbe, wie einen Studentenschmiff, auf der Backe. . .“

Der Kommissar stutzte. Die Narbe? Das war Friseur Wendlandt, der Hochstapler und Einbrecher, den er schon seit Wochen suchte. Sonderbar. Er hatte Wendlandt in der Hauptstadt vermutet und nun?

Märker ging nachdenklich im Zimmer auf und ab. „Herr Wachtmeister“, sagte er nach längerem Besinnen. „Nehmen Sie den Lehrling zur Vernehmung mit zum Präsidium. Auch Fräulein . . .“

„Schmieder“, neigte die Kontoristin geziert den blonden Büßkopf und folgte dem Beamten.

„Noch eine Frage, Fräulein Schmieder“, rief Märker hinter ihr her. „Wie hoch ist Ihr Gehalt?“

„Hundertfünfzig Mark brutto“, antwortete sie und blickte etwas verwirrt nach dem Kommissar.

„Ist Ihr Verlobter arbeitslos?“ fragte er weiter, als er an ihrer Hand den Verlobungsring sah.

„Ja, aber warum?“ entgegnete sie entrüstet und ihr hübsches Gesicht verfärbte sich. „Er ist vor einigen Monaten abgebaut worden.“

„Danke schön, ist schon gut.“ Kommissar Märker schaute noch eine ganze Weile nach der Tür, die sich hinter der etwas auffällig gekleideten, schön gewachsenen Kontoristin geschlossen hatte, und ging dann hinüber in das Büro. Bedächtig untersuchte er das verwüstete Zimmer und beugte sich lange über die Geldkassette. Plötzlich steckte er lächelnd seine Nase wieder in die Tasche. Diese Spuren — kein Zweifel, hier hatten ungeübte Hände mit ungeeignetem Werkzeug gearbeitet.

Märker setzte sich in den Schreibtischstuhl und schaute sich noch einmal im Zimmer um. Das wüste Durcheinander erschien ihm jetzt als planvolle Unordnung. Sein Blick fiel auf das Tintenglas und er ließ erregt die geballte Faust auf den Schreibtisch fallen.

Im Polizeipräsidium spielte sich eine Viertelstunde später eine kurze, interessante Szene ab. Die Kontoristin hatte aufgeregt, mit hochrotem Kopf, ihre Aussagen zu Protokoll gegeben. Jetzt setzte sich der Lehrling dem Kommissar Märker gegenüber. Berlegen und erwartungsvoll rückte der blasse, unscheinbare Junge auf dem Stuhl.

„Wir kennen den Täter bereits, mein Lieber“, begann Märker freundlich. „Deine Beschreibung paßt genau auf den von uns gesuchten Einbrecher Wendlandt aber . . . er ist es nicht gewesen, sondern — du hast die Sache ausgelesen.“

Siebenhaar sah mit weitgeöffneten Augen und stammelte: „Nein, ich habe es nicht . . .“

„Keine Ausflüchte! Der Einbruch ist fingiert. Wendlandts Signalement hast du in der Zeitung gelesen, nicht wahr?“ drang Märker weiter in den Lehrling.

„Nein! Nein! Ich bin es nicht gewesen. . .“

„Lüge nicht. . . Du bist überführt, denn du hast an eines nicht gedacht: an das Tintenglas.“

„Das Tintenglas?“ fragte interessiert der Kriminalassistent Hinrichs, der der Vernehmung beiwohnte, und schaute mit einem kurzen Blick auf den sichtlich bestürzten Jungen.

„Ja! Siebenhaar lag, als er behauptete, er sei von dem Täter gegen den Schreibtisch gestoßen worden. Ein leichter Schlag auf den Tisch genügt, um den Spiegel der Linse zu bewegen, aber in dem wahrscheinlich erst am Morgen geäuberten Tintenglas zeigte sich nicht die geringste Spur eines Wellenschlags.“

„Der Wellenschlag im Tintenglas — nicht über!“, entgegnete Hinrichs anerkennend.

Siebenhaar gab nach einigen weiteren Fragen das Beugnen auf und begann zögernd zu berichten. Er konnte einem jetzt leid tun, wie er so da saß, in dem billigen, verbrauchten Konfektionsanzug, und meinte erklärte: „Meine Freunde spielen Fußball in der ersten Jugendmannschaft. Sie haben alle ein Mädchen und erzählen soviel. Ich wollte sie übertreffen. Mein Name sollte in allen Zeitungen gedruckt stehen. Stehlen wollte ich nichts. . .“ Niedergedrückt und verächtlich legte er das Taschentuch auf den Tisch, mit dem er die Kratzspuren an der Geldkassette angebracht hatte.

Kommissar Märker entließ den Jungen nach scharfen, ersten Ermahnungen und schrieb in seinem Bericht: „Die Handlungen des Lehrlings finden ihre Erklärung in dem ihm eigenen Minderwertigkeitskomplex, den er durch seine Tat zu kompensieren suchte.“ Am nächsten Tage hatte Märker ein langes, telefonisches Gespräch mit dem Chef der Firma Ebermeyer, der ihm dann erklärte, daß er kein Interesse an einer strafrechtlichen Verfolgung des Lehrlings habe. Noch in der gleichen Stunde wanderte der Akt Siebenhaar als erledigt in das Archiv des Polizeipräsidiums.

Max Barthel: Senftenberg

Die Gesehrten sind sich noch nicht darüber einig, ob die Stadt ihren Namen aus Sumpfenburg herleitet oder von einem Ritter Senftenberg, der einmal Herr über das alte Schloß und die wendische Siedlung war. Darüber aber ist sich jedermann einig, daß diese Stadt nicht zu den Glanzpunkten deutscher Städtebaukunst gehört und daß diese niederläufige Landschaft eine tragische ist. Das Schicksal in diesem Revier wird von der Braunkohle bestimmt.

Auf dem rechten Markt ist viel Betrieb. Händler und Bäuerinnen sind gekommen und vertreiben Früchte, Fleisch, Gurken, Geflügel, Butter und Eier. Lastautos warten, Wagen warten und Hundegespanne. Der Markt ist wieder für einige Stunden das alte Zentrum. Die Hauptstraßen der Stadt sind asphaltiert, im nahen Park lockt ein neuer Tiergarten die Besucher an. Die neuen Siedlungshäuser auf freiem Feld und vor allem der Neubau einer großen Schule zeigen den Wagemut der Verwaltung. Aber bald wird für den Besucher die kleine Stadt unwichtig. Ihr größtes Haus ist noch immer das Krankenhaus. Die Stadtkrone bilden das Krankenhaus, das Warenhaus, das Rathaus.

Hinter dem Bahnhof, an dem sich die Schienenstränge der Bahn verzweigen, verläßt der Besucher die kleine Stadt. Hinter dem Bahnhof beginnt die Verwilderung der Landschaft, beginnen die leuchtenden Atemzüge der schweren Arbeit, erheben sich die saugenden Brüstfabriken unweit der tiefen kraterhaften Gruben. Die Felder sind trotz des nassen Sommers grau und schwarz. Sie sind dürr und unfruchtbar. Das Grundwasser liegt zu tief, die Bergwerke haben das Wasser in die Tiefe gedrückt.

An der Straße nach Spremberg liegt eine kleine Siedlung. Sie hat ein tränendes Gesicht, das zu lächeln versucht. Anders gesagt: die Siedlungshäuser sind schon freundlich und wohnlich, aber sie liegen in den gelben und schwarzen Rauchwolken und Gasangriffen der Industrie. Hinter den freundlichen Reichen, im Schatten der großen Werke, stehen rote Backsteinbauten, einsidig, selten zweisidig, schwarzverraucht und lieblos. Es sind deutsche Slams an ungespalteten Straßen. Sie sehen nicht anders aus als die kleinen Fabriken. Sie sind ja selbst Fabriken, Kinderfabriken, kulturlose Steinbaracken, errichtet in der Frühzeit des Bergbaues. Die neuen Siedlungen an den neuen Gruben sehen schon freundlicher aus.

Viele Bäume an den Straßenrändern gehen ein. Es fehlt ihnen das Wasser. Auf den Feldern gedeiht arme Frucht. In heißen Sommern muß sie verdorren und ersticken. Auf den Wegen, Feldern, Bäumen und Straßen liegt schwarze Flugasche. Wir wandern weiter und haben das alte Dorf Reppitz bald erreicht. Von den Bauern ist nicht mehr viel übrig geblieben. Alles Land gehört den Bergherren. Viele Bauern gehen in die Gruben oder in die Fabriken als Arbeiter. Reppitz, vielleicht kommt der Name von Riba her, Riba, der Fisch. Aber es gibt keine Fische mehr in den Gewässern der schwarzen Elster. Alte Urkunden erzählen, diese verumpfte Niederung sei einmal ein Fisch- und Vogelparadies gewesen. Jetzt

gibt es nur noch Kohle. Sie wird im Tagebau gewonnen und in den saugenden Brüstfabriken verarbeitete.

Senftenberg liegt in einer Talsenkung und wird von drei Seiten von kleinen Hügeln und sandigen Kiegelein eingefasst. Von allen Seiten qualmen die hohen Effen. Oberhalb von Reppitz beginnen die Bruchfelder und die fahlen Rippen, die Sandhalden. Ries liegt da, bestanden mit kleinen Birken und dunklen Kiefern. Brombeergebüsche wuchern, in den Bruchfeldern gibt es ab und zu wilde Rosen, stolze Königskerzen, silberne Disteln und blühendes Heidekraut. Auch einige Glockenblumen sind ab und zu zu finden. Die hohen Halden hinter den Bruchfeldern sollen aufgefördert werden. Heute zeigen sie noch zerfallene Wände, steil abfallend, vom Regen ausgewaschen, von Rauch und Ruß schwarz geschminkt.

Die Stadt ist unsichtbar, aber sie ist zu hören. Die Arbeit ist zu hören. Die Glockensignale der Förderung, das Pfeifen und Rangieren der kleinen Transportzüge, das Wiseln und Säulen der großen Förderbrücken geht ununterbrochen. Man hört das heisere Säugen aus den Brüstfabriken und atmet Rauch und Ruß. Von allen Seiten greift die Industrie die kleine Stadt an. Es ist wie ein Krieg. Und wie ein Schlachtfeld sieht auch das verwilderte Land ringum aus. Die Industrie wandert durch die Wälder und durch die Wiesen. Sie gräbt sich mit ihren Maschinen in die Erde, holt die schwarze Kohle heraus, schüttet die Rippen und baut die Bruchfelder. Sie rationalisiert und wandert immer weiter. Sie frisst neues Land, neue Wälder, neue Wiesen. Sie zerstört ganze Dörfer und Straßen und raucht, raffelt und stinkt. Zurück bleiben die nun entwurzelten Dörfer, die arbeitslose Bevölkerung, die nun toten Wiesen und Aecker. Die Menschen in diesem Revier sehen trotz der vielen Betriebe häuerlich aus. Alle deutschen Landschaften haben ihre willigen Zweihänder in dieses Gebiet geschickt. Es ist für die Zweihänder ein Herzenskessel der Armut geworden. Alles gehört ja den Gruben: das Land, viele Siedlungen und Wohnbaracken und auch die Kaufleute.

Wir wandern weiter. Die Straße verlandet plötzlich, wird breit und erinnert an russische Landstraßen. In der Stadt sehen wir drei junge Chinesen, Ingenieure, die den Bergbau studieren wollten. Sie studierten ihn sicherlich nur als technisches, aber nicht als soziologisches Phänomen. Hier in diesem Revier zeigt sich das wirkliche Deutschland, das arme, arbeitsame und unpatheische Land. In den letzten Jahren wurden 6000 Vergleite durch die Rationalisierung arbeitslos. Sie werden in keine Grube, in keine Fabrik mehr kommen können. Die Gruben und Fabriken arbeiten schon mit Feterschichten. Was wird aus den 600, aus ihren Frauen und Kindern?

Wir wenden uns wieder der Stadt zu. Vor uns liegt die Höhe 304. Die Höhe 304 war ein berühmter Brennpunkt in der Schlacht bei Verdun. Um was geht die Arbeitslosigkeit bei Senftenberg? Um die Versorgung der großen Städte, um die Elektrizität, um den Absatz, um den Profit, um den Menschen? An den Hängen der Höhen wuchs unter der sächsischen Herrschaft auch Wein. Die

wendischen Finsterwälder erzählten sich, daß der Senftenberger Nachwächter die braven Bürger mitten in der Nacht wecken mußte, damit sie sich umbrehten, wenn sie nicht wollten, daß der liebliche Wein ihnen die Wagenwand zerfresse.

Schon rauchen und saugen wieder die schwarzen Fabriken. Auf der Straße begegnen uns die Marktfrauen. Eine barsüchtige Bäuerin zieht einen Handwagen. Ein Ochsenfuhrwerk trotzelt heim. Drei wendische Bäuerinnen — sie haben mindestens zehn Unterröde an — besteigen die Fahrräder und sitzen nach den fruchtbarsten Randböckern, die noch genug Grundwasser haben. Und nun sind wir in der Stadt. Fast jeder kennt und beobachtet sich. Die Massengrenze ist hier viel schärfer gezogen als in einer Großstadt. Manchmal zieht ein Arbeiter noch die Krüge vor einem Herrn, aber die meisten Arbeiter ziehen keine Krüge mehr. Viele von ihnen tragen die Abzeichen ihrer Bestimmung sichtbar am Kopf: den Reichsadler, den Sowjetstern, das Hakenkreuz. Die Industrie raucht und stampft über allen Abzeichen und preßt den Kohlenstaub zu harten, glänzenden Bricketts.

Wie lange wird die Industrie noch rauchen und saugen und stampfen? Vielleicht noch 30 Jahre, vielleicht auch noch 50 Jahre. Und was wird dann? Wenn die Gruben ausgebeutet sind, steigt wieder das Grundwasser. Werden dann die Bauern ihre alten Felder wieder bekommen? Oder wird der geplante Elbe-Spreewald-Kanal neue Industrien angelockt haben? Deutschland will leben. Sein Lebenskampf spielt sich in der Provinz viel dramatischer und heroischer ab als in den großen Städten.

Nathan Gurdus: Das Monogramm

Herr Christian Christianen, in einem schönen Lande Standinadien, war mit sich und der Welt zufrieden. Warum sollte er es auch nicht sein? Seine Wäschefabrik ging glänzend und den einzigen Konkurrenten hatte er einfach mit seiner Tochter verheiratet. Rogig war also das Konto und damit auch die Weltanschauung des Herrn Christianen, Hemdenfabrik und Vertauf feinerer Unterwäsche.

Schnurwendig, wie immer, sah der wohlbeleibte Herr Christianen eines Morgens am Frühstückstisch und las schmähend die Post. Herr Christianen war gewohnt, aus jedem Brief einen Scheß herauszunehmen, deshalb waren die Briefe meistens so dick und wohlbeleibt wie ihr Empfänger. An diesem Morgen lag aber zwischen der Post ein dünner, hübler Brief. Mit einem unangenehmen Gefühl nahm Herr Christianen den Brief und betrachtete ihn. Man! Das Stückchen Beefsteak blieb den Herrn Christianen im Halse stecken.

Amisgericht! Zwei amtliche Siegel. Der Herr Fabrikant hatte Siegel, sie erinnerten ihn an das Finanzamt. Und nun noch Gericht? Was hatte das Gericht mit ihm zu tun? Der Brief brannte in der Hand. Langsam öffnete Herr Christianen, mit der ganzen Angst eines ehelichen Bürgers, die Gerichtstiegel. Seine entsetzten Augen sahen:

„Herrn Christian Christianen, hier. Die unversehrte Paula Paulsen hat gegen Sie im Namen ihres minderjährigen Kindes die Alimentenklage eingereicht. Sie werden erjudet, sich am . . . in . . . Zimmer . . . zum Vorderschör und Gegenüberstellung einzufinden. Amtsrichter.“

Die roßige Welt des Herrn Christianen wurde dunkel. Er sprang auf. Da mußte ein Verstum vorliegen. Er? Ausgeschlossen! Der treue Chemann und gute Bürger, Mitglied der Handelskammer, Vorsitzende des Industrieverbandes, Herr Christianen fühlte sich unschuldig.

Auf einmal aber begannen ihm die Knie zu zittern. Herrgott, wie alt war das Kind? Oh, mein Gott, vielleicht vier Jahre?! Es könnte dann die Kleine von damals sein! Vielleicht hat sie mit der Klage nur so lange warten müssen, bis sie seinen Namen erfahren hatte. . . Wie hieß sie doch noch? Paula, Paula, das könnte schon sein!

Der Appetit war dem Herrn Fabrikanten vergangen. Er hörte die Schritte seiner zwar wenig besseren, aber um so bidieren Hälfte, und stürzte, den Brief hastig in die Tasche steckend, ins Büro. Herr Christianen hatte die Marienbadreise erspart. Die 14 Tage vor dem Gerichtstermin brachten ihn um 15 Pfund von seinem Lebendgewicht. Seine Frau wunderte sich wieso er ihr so schnell die Italienreise bemüßigte. Am Tage des Termins trugen schon die Wellen von Lido die Masse der Frau Fabrikantin und Herr Christianen stand hibbernd mit seinem Anwalt auf dem Korridor des Gerichts.

„Nieder Herr Christianen, wie hieß denn die Dame?“ sprach dieser.

„Das weiß ich leider nicht, aber erkennen werde ich sie bestimmt!“

„Christiansen-Paulsen“, rief der Gerichtsbeamte, und dem Herrn Fabrikanten sank das Herz zum Portemonnaie.

Er betrat den Saal und blickte unruhig um sich. Wo war sie? Er sah aber nur ein Bauernmädchen, vollkommen unbekannt, neben ihr einen Anwalt und an diesen wandte sich der Richter: „Ihre Mandantin hat das Wort!“

„Als Fräulein Paulsen, erzählen Sie. . .“, sagte der Anwalt zu dem Mädchen in Bauerntracht.

Da sprang Christianen auf und schrie:

„Ja, keine diese Dame gar nicht, das ist sie nicht!“

Woll Würde griff der Richter ein:

„So, so . . . Na, Fräulein Paulsen, erkennen sie in diesem Herrn Herrn Christiansen?“

„D ja, das könnte er sein.“

„Was heißt könnte! Sie müssen ihn erkennen, Fräulein Paulsen!“

„Herr Richter, ich habe ihn doch nur so kurz gesehen. . .“

Der anwesende Schriftführer rücherte. Scharf blickte ihn der Richter an und sprach zu dem Mädchen: „Bitte, erzählen Sie, wie sie Herrn Christiansen kennenlernten.“

„Na ja, er sprach mich im Kino an und dann gingen wir ins Café und dann nahm er mich in ein Hotel. . .“

Richter: „Und wie erfuhren sie seinen Namen? Stellte er sich selbst vor?“

„D nein, Herr Richter, aber ich bin klug. Ich habe seinen Namen auf seinem Hemd gelesen und da hab' ich es herausgeschmitten, hier Herr Richter!“

Mit diesen Worten legte Fräulein Paulsen ganz stolz ein Stückchen Stoff vor den Richter. Ganz verwundert lag der Richter das seltsame Monogramm:

„Christiansen Christianen, Istraße 78.“

Herr Christianen schrie auf:

„Ich bin doch Wäschefabrikant. . . Der Herr hat ein Hemd von meinem Fabrikat angehabt!“

Es dauerte lange, bis der Richter Fräulein Paulsen klargemacht hatte, daß eine Fabrikmarke kein Monogramm ist, und daß Herr Christianen unabhgänglich für alle Taten, die in seinen Hemden begangen werden, verantwortlich ist.

Herr Christianen gewann seine Fassung wieder, und als kluger Geschäftsmann sorgte er für Verbreitung dieser Gerichtsverhandlung. Jetzt lauten seine Annoncen:

„Der galante Herr trägt Christiansen-Hemden!“

